

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden

## Glück-Aus.

**Abonnementspreis** 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzelne Nummern 1 Mark.

**Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil** kosten 1 Mk. für die siebengefaltene Kolonelle oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 98.

Telegrams-Adresse: **Bergarbeiter-Verband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.**  
Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Bochum, Wiemelshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

### Eine Kraftprobe.

Das ist ein traurig Wandern  
Jetzt mit dem Zwangsnachweis,  
Von einem Loch zum andern  
Geht ohne Ruh die Reis'. —  
Von hier nach dort,  
Und dann so fort  
Oft tagelang im Kreis. —  
Hört nur, wie mir geschehen  
Mit meinem Ausweisscheit,  
Dann werdet ihr verstehen,  
Wie man uns selbst ein. —  
So recht mit Lust,  
Und zielbewusst,  
Und das soll „Wohlfahrt“ sein. —  
Ich musst' zu einer Grube,  
Die mir recht wenig lieb,  
Und kam zur Zechenstube,  
Und frug nach dem Betrieb\*)  
Der sah mich dann  
Mit Augen an,  
Als säh' er einen Dieb. —

Drauf hat er die Papiere  
Gemächlich eingesehn,  
Ich musst' an der Cüre  
Wie'n armer Sünder stehn. —  
Dann macht sein Mund  
Mir dieses kund:  
Sie können wieder gehn! —  
So musst' ich weiter wandern,  
Doch ohne freie Wahl,  
Von einem Loch zum andern,  
Bis sieben an der Zahl. —  
Da schaff' ich jetzt,  
Ganz abgehezt  
Von all' der Müh' und Qual. —  
Darum ihr Kameraden,  
Seld all' zum Kampf bereit,  
Dass wir von diesem Schaden,  
Von diesem Zwang befreit. —  
Doch erst die Macht,  
Und dann die Schlacht —  
Streikt nicht, bevor es Zeit. —

F. R.

Man muß in Preußen eine hochgestellte Person sein, dann kann man kalten Blutes seine Mitmenschen abschlagen, seine Mitmenschen und den Staat betrügen und man findet, wie das schon geschehen ist, sehr milde Richter. Diese Rechtsprechung, die sich ja mit den bestehenden Gesetzen vereinbaren lassen mag, ist, man braucht nur an die Behandlung der Duellmörder zu denken, ebenso ungerecht wie unhaltbar. Diejem Zustand können wir aber auch wieder nur dann am besten entgegenwirken, wenn die Arbeiter und die Bergarbeiter sich zu gewaltigen Organisationen zusammenschließen. Starke Arbeiterorganisationen heben die Gefahr des Streikbruchs auf. Starke Organisationen üben auch einen Einfluß auf die Gestaltung einer Gesetzgebung aus, die eine solche u. E. verständliche Rechtsprechung gegen arme Bergarbeiter in sich schließt.

Kameraden, denkt schließlich auch an die wirtschaftlichen Kämpfe, die uns noch bevorstehen, weil ein übermächtiges Unternehmertum jede vertragsgemäße Verständigung mit ihren Arbeitern ablehnt! Denkt daran, daß wir uns auch in Lohn- und Arbeitsfragen erst durchringen können, wenn wir erkrankt und durch die Organisation mächtig dastehen. Weil es so ist, darum, Kameraden, rauft nicht! Arbeitet für den Bergarbeiterverband, fordert euch die Kräfte reichen! Wir müssen vorwärts; wir können eine gewaltige Macht werden, wenn die Bergarbeiter es wollen. Darum vorwärts, vorwärts und immer vorwärts!

starke Rolle spielt. Dem muß begegnet werden. Wenn wir ein Produkt haben, auf welches das Ausland angewiesen ist, so müssen wir diesen Schutz hüten. Das gilt vom Kali, ebenso wie das Ausland in der Baumwolle ein in ähnlicher Weise wichtiges Produkt besitzt. Auch im Interesse unserer Landwirtschaft liegt der Schutz der Kali-Industrie. Der Vorlage liegen drei Gesichtspunkte zu Grunde: 1. Die Kaliindustrie muß dem Inlande erhalten bleiben; 2. Die Preise im Inlande sollen niedrig sein; und 3. die Preise für das Ausland dürfen nicht niedriger sein als bei uns im Inlande. Der Entwurf schlägt deshalb für sämtliche Produzenten von Kali eine Verkaufsgemeinschaft vor. Also ein Kalisyndikat, wie bisher, aber in einer neuen Fassung, derart, daß nicht der einzelne Produzent in der Lage ist, durch seinen Ausstieg den Fortbestand des Kalisyndikats in Frage zu stellen.

### Die Verhandlungen über das Kaligesetz im deutschen Reichstag.

Am Montag, den 14. Februar begannen im deutschen Reichstag die Verhandlungen über das Kaligesetz, das die Regierung zugunsten des Kalisyndikats einseitig und zugunsten gewisser landwirtschaftlicher Gruppen andererseits, dem Reichstag vorgelegt hatte. Wir haben schon über die Grundzüge des Gesetzes berichtet. Was die Verhandlungen gezeigt haben, hat uns in unserer Beurteilung über die Wirren in der Kaliindustrie Recht gegeben. Ein **wahntwärtiger kapitalistischer Produktionsprozeß** läßt die deutsche Kaliindustrie in einen Wirrwarr geraten, aus dem man nicht mehr herauszukommen vermag. Das Reich soll darum den Bergwerkskapitalisten für eine Zeit hindurch zur Hilfe eilen und zwar durch die Gesetzgebung. Da es sich um die Wahl der kapitalistischer Interessen handelt, sagte die Reichsregierung ihren Bestand zu. Diefelbe Regierung, die sich in Arbeiterfragen und Bergarbeiterbedrücknissen fortgesetzt auf die Landesgesetzgebung beruft! Die Verhandlungen waren so grelle Schlagbilder auf das Verhältnis der regierenden Kreise in Deutschland zu der Großindustrie und dem Agrarierium und ebenso auch auf **das trikol-kapitalistische Spiel mit unseren nationalen Erdschätzen**, daß wir nicht umhin können, unseren Kameraden ein übersichtliches Bild über die Verhandlungen hier, soweit es der Raum zuläßt, zu geben. Die Gesetzesvorlage wird begründet von dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe, **Schow**:

Der Minister geht dann noch auf die weiteren Details, die Bundesrats- usw. Befugnisse ein, besonders hinsichtlich der Preisnormierung im In- und für das Ausland. Der frühere Gedanke des Vorkaufs, auch die Produktion einzuschränken auf die Werke, die zu einem bestimmten früheren Termin bereits bestanden und Schächte niedergebörzt hatten, sei fallen gelassen worden, nachdem er auf scharfen Widerspruch der Interessenten gestoßen sei. Gelange die Vorlage zur Annahme, so sei einerseits die Macht der großen Werke eingeeignet, andererseits aber seien auch die schwachen Werke nicht mehr so wie bisher in der Lage, eine Preissenkung zur Erlangung größerer Quoten auszuüben. Die Vernunft der Dinge werde somit leichter zu einer Einigung über die Quotenfrage führen. Was die Lieferungsverträge mit dem Ausland anlangt, so müsse die Betriebsgemeinschaft sie zwei Jahre lang erfüllen. Darüber hinaus bedürfen die Lieferer der Genehmigung der Gemeinschaft, und eventuell werde ein Ausgleich durch Abgaben an die Gemeinschaft. Die Kali-Industrie sei im großen und ganzen mit dem hier vorgeschlagenen Wege einverstanden, der auf 20 Jahre Geltung haben solle. (?) An dieser Frist bitte er nicht zu rütteln. Komme das Gesetz nicht zustande, entstehe **unberechenbarer Schaden für die deutsche Volkswirtschaft** und namentlich auch für die Landwirtschaft.

### Vorwärts Kameraden!

Im Jahre 1909 nahm der Bergarbeiterverband um rund 8000 Mitglieder zu. Mit Genugtuung können wir konstatieren, daß es im neuen Jahre mit dem Verbands nicht rückwärts, sondern weiter vorwärts gegangen ist, was mit in erster Linie der rührigen unermüdeten Arbeit unserer Kameraden in den verschiedenen Bezirken zu danken ist. Dennoch können wir unseren Kameraden in allen Revieren nicht dringend genug ans Herz legen, alles daran zu setzen, daß der Bergarbeiterverband bald jene Stärke erreicht, die er bedarf, um den Feinden ringsum Trost und den Bergarbeitern den nötigen Schutz bieten zu können. Wir wollen und wir müssen vorwärts!

Kameraden, bedenkt in welcher ersten Zeit wir uns befinden, wie die Arbeiterfeinde sich immer mehr zusammenschließen, damit sie zu immer kräftigeren Schlägen gegen die Arbeiterklasse ausholen können. Auf allen Gebieten des öffentlichen, politischen und sozialen Lebens spielen sich die Kämpfe zu. Wer weiß, wohin das noch führen wird?

Auf der einen Seite drängen Millionen Arbeiter nach mehr Licht und Freiheit im Staatsleben. Millionen Arbeiter verlangen die ihnen zukommenden Bürger- und Menschenrechte, von dem Bewußtsein ausgehend, daß sie nicht Heloten sind! In Preußen lärmt das Volk der Arbeit auf die Straßen zu gewaltigen Willens- und Kundgebungen. Sie mahnen die Herrschenden, daß das arbeitende Volk das gleiche Recht für alle im Staatsleben beanspruchen. Die Arbeiter verlangen teilzunehmen an der Gesetzgebung, wie es der Kultur und Zeit und dem geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse entspricht. Auf der anderen Seite lobt man diesen Forderungen der Arbeiterklasse. Eine kleine aber mächtige Gruppe der preussischen Bevölkerung weigert sich dem Verlangen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Das wichtige Volksrecht, das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht, wird dem arbeitenden Volke in Preußen vorenthalten! Vorenthalten von Werten, die zumeist den Drohnen im Bienenstaat gleichen. Wären sie nicht vorhanden, die Gesellschaft hätte nichts verloren. Nein, sie könnte nur gewinnen. Aber die übermächtige Spivvacht hat die Staatsgewalt in den Händen. Sie beherrschen die Regierung, die Gesetzgebung, die Justiz, die Behörden, sie machen sich alle staatlichen Zwangs- und Erziehungsmittel zunutze, nur um ihre Herrschaft gegen die breiten Massen des Volkes weiter zu festigen und zu erhöhen und ihr eigenes Wohlergehen zu fördern! Und sich zu behaupten, schreien sie vor keinem Mittel zurück. Wir haben in den letzten Wochen erlebt, wie in den Straßen preussischer Städte das Blut strömte, wie eine raufende Polizei wie Blut Hunde im Namen und im Interesse der herrschenden Klasse in Preußen über Männer, Frauen und Kinder herfiel! Und alles das, weil das arbeitende Volk sich auf den Straßen zeigte, von hier aus einem Verlangen nach bisher ungerechterweise vorenthaltenen Rechten Ausdruck gab. Die Niederabteilung unserer Volksgenossen kann uns weder als Bürger noch als Gewerkschaftler gleichgültig sein. Ebenso wenig kann uns gleichgültig sein, wer die Gesetzgebung beeinflusst und bestimmt. Wir haben schon an anderer Stelle gezeigt, wie die Bergarbeiter interessiert sind an den Fragen der preussischen Gesetzgebung, wie tief einschneidend diese auf die Bergarbeiterverhältnisse wirkt. Darum ist der Kampf der deutschen Arbeiterklasse um eine rechte Ausgestaltung des bestehenden Wahlrechts, gleichzeitig mit dem Kampf der Bergarbeiter! Wer da nicht mitmacht, wer da feige Weisheit verdient nicht, daß er den Namen eines ehrlichen Arbeiters für sich in Anspruch nimmt. Und welche Partei und welche Volksgruppe auch für Ausgestaltung des Volksrechts einträte, sie verdient die volle Unterstützung der Bergarbeiter und ihrer Organisation. Je kräftiger aber diese Organisation, um so wichtiger die Mitwirkung für eine dem arbeitenden Volk schickliche Ausgestaltung des Wahlrechts und der preussischen Gesetzgebung überhaupt.

Und immer wieder weisen wir unsere Kameraden auf die Vorgänge während des Mansfelder Streiks hin. Und auf die harten Strafen, die die Gerichte über streikende Mansfelder Arbeiter fällten. Diese Bestrafungen, von denen an anderer Stelle noch die Rede ist, stelle man in Vergleich zu den Strafen, die gegen die besser situierten Klassenangehörigen gefällt werden. Wie sind die Bonner Studenten die „Vorurtheile“, bedacht worden, die sich ganz andere Unverschämlichkeiten zuschulden kommen ließen, als die Bergarbeiter, die sich in aufwallendem und begrifflichen Zorn gegen die Schutztruppen von Teuten vergingen, die sich in herablässiger Weise über bestehende Gesetze hinwegsetzten?

Der Entwurf, den die verbündeten Regierungen diesem hohen Hause vorgelegt haben, und der heute zur ersten Beratung steht, schlägt Ihnen vor, für die Verwertung der Produkte einer wichtigen Industrie, der Kaliindustrie, auf die Dauer von 20 Jahren gewisse Normen anzustellen, er stellt die Produzenten zu einer Gemeinschaft zusammen und gibt Vorschriften, die sie beim Verkauf ihrer Produkte zu beobachten haben. Es ist ja gar nicht zu bestreiten, daß der Vorgang neu und nicht gerade gewöhnlich ist (hört, hört! links), aber neu und ungewöhnlich sind auch die Umstände, die die Veranlassung zur Einbringung des Gesetzeswurfs gegeben haben. Es ist Ihnen bekannt, meine Herren, daß die Kaliindustrie sich bisher zu einem Syndikat freiwillig zusammengefunden hatte, das in gewissen Zeitschnitten erneuert wurde, über das dem preussischen Handelsminister ein gewisser Einfluß zustand. Der Zustand, der dadurch geschaffen wurde, ist, das kann man allgemein wohl sagen, für die Konsumenten im Inlande ein befriedigender gewesen, sie haben mächtige Preise gehabt, das Ausland hat höhere, doch nicht übertriebene Preise für diese Ware zahlen müssen. Weniger befriedigend war die Entwicklung, die sich im allgemeinen für die Produzenten ergab; mit dem zunehmenden Absatz, mit den in den vergangenen Jahren, in der zurückliegenden Zeit sehr günstigen Einnahmen wuchs die Zahl der neuen Werke, sie wuchs außer Verhältnis zur Steigerung des Absatzes. In den Jahren 1900 bis 1908 ist die Zahl der an der Förderung teilnehmenden Werke von 15 auf 50 gestiegen, eine Reihe anderer Werke ist beim Abteufen der Schächte und in 4 bis 5 Jahren werden etwa 100 Kalierwerke in Betrieb sein. Obwohl sich nun in der zurückliegenden Periode von 1900 bis 1908 der Absatz mehr als verdoppelt hat, ist doch die Beteiligung eine entsprechend geringere geworden. Sie sehen aus der in der Begründung enthaltenen Tabelle, daß während im Jahre 1900 der auf das einzelne Werk durchschnittlich entfallende Absatzwert sich auf 3 1/2 Millionen Mark belief, er sank 1908 nur noch die Hälfte, knapp 2 000 000 Mk. ausmacht. Mit der Verminderung des auf das einzelne Werk entfallenden Absatzes erhöhen sich aber verhältnismäßig die Betriebskosten, und so ist ein Beträgen der Rentabilität eingetreten, das besonders die guten und starken Werke empfindlich getroffen und bewirkt hat, daß gerade die kräftigsten Werke im Syndikat sich nicht mehr wohl fühlten, da sie sich in ihrer Leistungsfähigkeit ihrer Meinung nach über Gebühr befristet erachteten. Dazu kam auf der anderen Seite, die zahlreichen neuen Werke naturgemäß darauf drängten, ihre Quote möglichst hoch zu gestalten, daß auch vorhandene Werke bei Gelegenheit der Erneuerungen der Syndikatverträge auf Erhöhung ihres Anteils Syndikatsbeiträge, immer mit der Drohung, gegebenen Falls nicht in das Syndikat einzutreten, die Erneuerung zu verhindern und durch Verkäufe an Dritte sich Beachtung zu schaffen.

Bei Ablauf des Syndikatsvertrages (Ende Juni vorigen Jahres) schloß die Firma Schmidmann Lieferungen mit Amerika ab, die sich auf mehr als ein Drittel des ganzen Auslandsverkehrs erstreckten. Nur wenn es gelang, diese Verträge mit Amerika rückgängig zu machen, konnte das Syndikat erhalten bleiben. Das ist uns aber trotz aller Anstrengungen nicht gelungen. Die Industrie selbst ist zu der Ueberzeugung gekommen von der Notwendigkeit eines gesetzgeberischen Eingreifens. Die Kaliindustrie repräsentiert eine halbe Milliarde Mark, sie beschäftigt 30 000 Arbeiter. Trotzdem wird man durch Gesetz nur eingreifen können, wenn ein Interesse der Allgemeinheit vorliegt. Dies ist der Fall.

**Bricht nun das Syndikat zusammen, so entsteht ein Krieg aller gegen alle, die Preise sinken und die schwächeren Werke drohen zu scheitern.**

Das Ausland hat schon zwei Kalierwerke angekauft und weitere Ankaufverhandlungen angeknüpft. Das Ende vom Liede dürfte sein, daß wir einen Teufel der mächtigen Werke bekommen, in dem das Ausland eine

Nach dem Minister nahm das Wort der Zentrumsabgeordnete **Heim**, aus dessen Ausführungen, wie auch die „Industrie“ zugeben muß, sich nicht erkennen läßt, ob er und die Zentrumsfraktion für oder wider das Gesetz sind. Sogar in solchen Fragen wird der Eiertanz beim Zentrum geübt. Was an Klarheit aber mangelte, das erlachte Heim durch Humor. Er führte aus:

„Außergewöhnliche Umstände, so sagt der Herr Ministerpräsident, rechtfertigen außergewöhnliche Maßnahmen, das es sich hier um ganz außergewöhnliche Maßnahmen der Gesetzgebung handelt. (Sehr wahr!) Man kennt bisher wohl in juristischen Ländern Staatsmonopole, aber Privatmonopole mit staatlicher Abkempfung, das ist in der Tat etwas ganz Neues. In Oesterreich würde man das kaiserlich-königlich privilegiertes Privatmonopol nennen. (Heiterkeit.) Wenn irgendwo, so gilt hier das Wort respicio finem. Wenn der Herr Minister von der Notwendigkeit außergewöhnlicher Maßnahmen im Hinblick auf außergewöhnliche Umstände spricht und dabei an die Tatsache denkt, daß deutsche Produktion nach dem Auslande billiger verkauft wird als im Inlande selbst, so hätte schon längst ein solcher Anlaß zu außergewöhnlichen Maßnahmen vorgelegen, denn wir haben eine ganze Reihe von Syndikaten — ich brauche nur an das Kohlensyndikat zu erinnern — die auch inländische Waren- und Naturerzeugnisse nach dem Auslande billiger abgeben als im Inlande. Jedenfalls habe ich bei der Lektüre der Begründung den Eindruck gehabt, man habe hier ein doppeltes Mäntelchen hervorgeholt, um diese Vorlage zu decken, eine nationale und ein agrarische. Das deckt alles. (Lachend links: Und das sagen Sie?) Gewiß, das sage ich; Sie (nach links) scheinen mich aber schlecht zu kennen. (Große Heiterkeit.) Gewiß, es ist im höchsten Grade zu bedauern, daß noch in jener kritischen Nacht vom 30. Juni 1909 große Massen Kali zu einem 105 Millionen Mark billigeren Preise an das Ausland abgeschlossen worden sind, namentlich wenn wir bedenken, daß dieses Kali vom Ausland dazu benutzt wird, um unserer inländischen Landwirtschaft Konkurrenz zu machen. (?) Aber wir haben dieselbe bedeutsame Erzeugung beim Zucker, beim Kohlen- und beim Schienensyndikat usw. Hier steht der gesunde Kern des Gesetzeswurfs, daß er gegen solche Mißstände Vorkehrungen treffen will.

Im übrigen ist es im größten Maße wunderbar, daß dieselbe Industrie, die sonst immer spätlich darauf hinweist, daß der Mittelstand immer nach dem Staatskaufleute schreie, (Große Heiterkeit) jetzt selbst nach dem Staatskaufleute schreit, wo es sich um ihr eigenes Portemonnaie handelt. (Sehr richtig! und lebhaft Zustimmung.) Und um den Staatskaufmann der allerhöchsten Art handelt es sich hier. Die Leute, die künftig dem Zwangssyndikat angehören, dürfen nur mehr produzieren und agitieren und vielleicht im Ausland für ihr Kali propaganda machen; sonst haben sie nichts mehr zu sagen. Aber was tut man nicht, um seine Dividende zu sichern? (Sehr gut! und Heiterkeit.) Der vorliegende Gesetzesentwurf ist gewiß besser als das, was ursprünglich als Entwurf der preussischen Regierung der öffentlichen Kritik unterbreitet wurde, aber ich finde in ihm viel zu wenig über die wichtigste Frage, nämlich darüber, wie der inländische Konsum vor einer allzu großen Zertreibung des Syndikats sichergestellt ist. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Jedenfalls muß ganz genau geprüft werden, wie der Gesetzentwurf auf unsere inländischen Abnehmer wirken wird, und wie leicht wäre eher der Gedanke zu ermögen, daß statt einer Betriebszwangsgemeinschaft eine Ausführgemeinschaft zu schaffen sei und den inländischen Markt ganz der Privatverwaltung zu überlassen. Vorläufig fehlen uns für eine endgültige Beurteilung dieser Vorlage noch eine ganze Reihe von Unterlagen. Angaben darüber, mit welchen Produktionskosten die Kali-Industrie bisher gearbeitet hat, eine Uebersicht über die Rentabilität, mit der die verschiedenen Werke bisher gearbeitet haben. Mitteilungen über die Verträge, die nach § 35 vor Dezember 1909 geschlossen sind, vor allem auch Mitteilungen darüber, auf welchem Wege der Bundesrat sich die Unterlagen zu den ihm obliegenden Preisfestsetzungen beschaffen will. Wenn man bedenkt, daß das Syndikat, um einen Außenbeiter unterzubringen, über Nacht den Preis per Tonne von 150 auf 90 Mark ermäßigt, so ist das der Beweis dafür, daß unsere Landwirtschaft dem bisherigen Syndikat das Kali viel zu teuer bezahlt hat. (Sehr richtig!) Die Landwirtschaft ist nicht dazu in der Lage, die Kosten für eine weitere angesehene und spekulative Entwicklung der Kali-Industrie zu tragen. Freilich, es gibt leider Vertreter der Bauern, die gleichzeitig Kalibauern sind. (Sehr gut!) und eine solche interessante Verquickung ist immer verhängnisvoll. Der christliche Bauernverein hat in einer Präsidialversammlung sich dahin ausgesprochen, er werde alle gesetzgeberischen Maßnahmen unterstützen, die dahin gingen, eine Vergebung der nationalen Boden-schätze zu verhüten, aber alles bekämpfen und ablehnen, was auf Kosten der inländischen Abnehmer geschähe. Ich hoffe, für diesen Standpunkt werden sich alle meine politischen Freunde — ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, mich mit ihnen darüber anzusprechen — stellen.“

**Abg. Freiherr von Camp** (Hb.): Die Vorlage scheint uns den richtigen Weg einzuschlagen, der aus der augenblicklichen Katastrophe in der Kali-Industrie führen kann. Durch die Produktionsbeschränkung

word verhinbert, daß immer neue Kalkwerke angelegt, daß die bestehenden Werke nicht bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgebaut und die Kalkwerke vergrößert werden. Durch die Verträge mit den Amerikanern, die auf die Dauer von sieben Jahren abgeschlossen sind, gehen der Kalkindustrie insgesamt 105 Millionen verloren. Leider läßt sich das nicht ändern, weil die Amerikaner nicht von den Verträgen zurücktreten wollen. Sehr bedauerlich ist, daß die Verträge nicht einen Kalk auf 200 Htz bringen, obwohl sich die Mehrzahl des Reichstages einen solchen Ausfuhrzoll wünscht und der Staatssekretär sich sehr entgegenkommend zeigt. Ueber Einzelheiten der Vorlage werden wir uns in der Kommission ausdehnen können. Ich beantrage Ber- weisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mit- gliedern."

Abg. Gothein (frei, Wgg.). Da haben wir ein Reichsberggesetz, aber was für eines! Das haben wir wirklich nicht erwartet. Es sieht wie ein Fischgrätenberg aus, der das Uebel noch schlimmer macht. In den meisten Verhältnissen ist die Bergverwaltung schuld, nicht die Handelsminister. Bei dem ewigen politischen Kämmern werden die Minister ja fortwährend die Bergverwaltung allein über- raschende Bol in der Geheimnisse blühen. Die Minister haben ja nicht die genügende Vorbildung. Einst war früher Eisenbahner, der andere Oberpräsident und der letzte ist ein als Schatzsekretär ver- unglückter höherer Postbeamter (Lurche). Die Herren, die das Gesetz gemacht haben, dachten: Nach uns die Sintflut! Sie glauben wohl, daß sie nicht mehr im Amt sein werden, wenn der Reich kommt. Die Preispolitik der Syndikatsverträge hat an der hilflosen Bergproduktion schuld. Millionen sind durch wilde Spekulationen ver- loren worden. Werke werden gegründet, ohne die geringste Aussicht, sie zu halten. Die erste Preise hat seinerzeit bringend bevor gewarnt. Trotzdem sind noch viele heringefallen. Selbst ein Mann, wie das Reichshausmitglied Oberbergamt Wächter, hat gegen die ungeheure Kapitalvergeudung in Kalkwesen Widerstand erhoben. Von Schleuderverkäufen habe ich auch nichts bemerkt. Das Witzgeschrei über die Verträge ist ganz unangebracht. Es ist von den deutschen erhoben worden, die zu spät kamen. Das ist ihre Schuld, das Gesetz ist nicht dazu da, die Dummen zu schülern. Gewiß ist es unrichtig, wenn das Kalk aus Ausland billiger abgegeben wird, denn es ist die verbotene Pflicht und Schlichtheit der Werksbesitzer, ebenso billig im Inlande abzu- kaufen. Das gilt besonders von den fiskalischen Betrieben. Umländ hat die Regierung erklärt, daß ein Syndikat nicht mehr gebildet werden würde. Wie konnten die Kalkindustriellen aber nur eine Erklärung der Regierung ernst nehmen? Es war ein Fluß in dem politischen Votierpiel. Ein Reichstagsabgeordneter wäre darauf nicht heringefallen. Der Entwurf ist geradezu eine Prämie für die Ver- gründung von Werken. Die Hochkonjunktur wird benutzt werden, um recht viele Aktien an die Dummen abzusetzen. Die fiskalischen Werke oder werden lahm gelegt werden. Nur ein Heilmittel gibt es: den freien Wettbewerb! Ein ungeheurer Eingriff in die Freiheit der Industrie wird uns zugemutet. Dann verlangen wir auch offene Karten in der Kommission. Der Bund der Landwirte hat durch Kabatte am Syndikat jährlich 24000 Mt. ver- loren. Damit dieses Geld weiter in die Bundeskassen fließt, wird nach reichsgefälliger Güte gerufen. Die Herren vom Bund haben sogar ein Werk selbst erworben, angeblich um Einfluß auf die Preisgestaltung zu erhalten. Gleich darauf verlangte die "Deutsche Tageszeitung" nach gleichem Schluß. Das ist die Vorgeschichte dieses Gesetzes. Dieser ganze Entwurf ist landwirtschaftsfeindlich, denn er verteuert das Kalk. Es liegt auch nicht im Interesse der Kalkindustrie, nur in dem der Spekulanten. Wir sind daher prinzipiell dagegen, werden aber in der Kommission mitarbeiten. (Beifall links.)

Vorsitzer Oberbergamt Dr. Schow: Die starken Töne, die der Redner der Regierung gegenüber gebraucht hat, erinnern mich an schwere Zeiten des vergangenen Jahres. Seine Rede lief auf den alten Weg hinaus, daß ein Minister gegen Handel und Gewerbe sei. Das hätte er sich sparen können, denn damit macht er einem Beamten den Vorwurf, daß er gegen Willen und Wissen handle. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ich besonders auf die Interessen der Land- wirtschaft hinweist, so geschah das, weil die Industrie ertüchtliche Preise für Kalk bereits zahlte und niedriger gar nicht verlangt hat. Wie sollte ich eine Herabsetzung der Preise erreichen? Der preussische Handels- minister hat ja nur das Recht, einer Erhöhung zu widersprechen. Davon ist genug Gebrauch gemacht worden. Eine Preiserhöhung war nur möglich, wenn das Syndikat gekündigt wurde. Wären wir in dieser Weise gegen die Privatindustrie vor- gegangen, wie würden dann gerade die Herren von der Linken protestiert haben! (Sehr gut! rechts.) Wir hätten nur auf Kosten anderer Courage zeigen können, das machen wir aber nicht. Jetzt handelt es sich nur darum, wie wir aus der verfahrenen Situation herauskommen. Eine Politik, die darauf hinausläuft, viele Werke zu ruinieren, ist verkehrt. Was geschieht denn, wenn das Gesetz nicht zustande kommt. Das Aus- land ist geschützt, es hat sein Quantum durch Verträge festgelegt. Es wird seine eigenen Werke weiter befestigen und nur von ihnen beziehen. Für die anderen Werke bleibt dann nur das Inland übrig. Die hohen Auslandspreise haben überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, die Inlandspreise niedriger zu halten. Wovon sollen denn die Werke schließlich leben? Fällt das Ausland weg, dann müssen die Inlands-

preise steigen. Nun hat sich der Abg. Gothein mit einer rührenden Liebe der Amerikaner angenommen. Er sagte, jeder würde so handeln, wie die beiden Kalkwerke und es wäre dann gemein, wenn sie nicht die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen versucht hätten. Nein, Herr Gothein, es gibt ein Gesetz, das das Gefühl dafür, daß auch die Konkurrenz leben will, und ich bestreite es, daß der Standpunkt, wenn ich nur mein Säckchen scheren kann, so mag werden, was da will, der Auffassung eines ordentlichen Kaufmannes entspricht. (Sehr richtig! rechts.) Die Abgeordneten beim und Camp sind ja trotz aller Bedenken gegen den eingeschlagenen Weg mit dem Grundgedanken der Vorlage ein- verstanden, daß nicht das Ausland sich auf Kosten des Inlandes ver- reichern soll. Wir werden die Kommission zu prüfen haben, ob dieses Ziel auch noch auf einem anderen Wege erreicht werden kann: Ich beweihe das aber sehr stark. Den Verein zur Begründung neuer Werke durch die Vorlage überführt Herr v. Camp außerordentlich, da die neuen Werke sich ja doch nicht mehr durch Konkurrenz-Verkäufe an den ungleichen machen können. Beide Redner haben auch die Frage des Ausfuhrzollgesetzes und sich darauf berufen, daß mein Amts- vorgänger die Möglichkeit eines solchen erwirkt hat. Die Frage ist ernstlich erhoben worden, es hat sich aber ergeben, daß eine bestimmte Ausfuhrzoll nach der Höhe des Verkaufspreises schon daran scheitern würde, daß der Verkäufer es in der Hand haben, einen Schein- preis zu konstruieren. Dann aber sind Bedenken gegen einen solchen Ausfuhrzoll aus allgemeinen handelspolitischen Gesichtspunkten aus- zu erheben. Die Regierung hat sich dahin schlüssig gemacht und wird daran festhalten, daß wir mit einem Ausfuhrzoll nicht arbeiten können, weil wir unsere handelspolitische Situation gegenüber dem Auslande verläscherten, da wir andere Ausfuhrzölle des Auslandes, die uns sehr ungleichmäßig den Nutzen, zu gewärtigen hätten. Das ist auch mein Standpunkt, mein Amts-vorgänger ist einmühtig. Nun wurde darauf hingewiesen, daß ja andere Syndikate, insbesondere das Kalksyndikat, auch billiger nach dem Auslande verkaufen als nach dem Inlande. Dabei handelt es sich aber um Objekte, die einen Marktpreis haben, nach dem die Konkurrenz sich richtet. Hier aber liegt gar keine Gefahr vor, den Abzug zu verlieren. Die Voraussetzung unserer ganzen Vorgehens ist viel mehr, daß Deutschland rechtzeitig den Verkauf des Syndikats und den Übergang wichtiger Teile des Kalkbaues in ausländische Hände verhindert, dauernd eine Preisbildung gewährleisten kann, wie sie den inländischen Ver- hältnissen entspricht.

Preussischer Oberbergamt Dr. v. Bessen: Der Abg. Gothein hat sich mit dem Ton und Laffen der preussischen Bergverwaltung und des längeren mit dem Monopolgesetz beschäftigt. Ich habe den Eindruck, daß der Abg. Gothein, der nicht dem preussischen Abgeordnetenstand angehört, diese Gelegenheit benutzte, um sich an der preussischen Bergverwaltung zu zeihen. Er sagte, der Fiskus hätte in der betreffenden Nacht verhindert, die Verammlung mit der Bemerkung zu blühen, daß, wenn bis Mitternacht das Syndikat nicht zustande käme, die preussische Verwaltung nicht mehr dem Syndikat beitreten würde. In Wirklichkeit ist gesagt worden, daß, wenn die Verträge sich wiederholten, die Ver- handlungen bis 12 Uhr hinzuziehen, und keine Vereinbarung zustande kommen würde, der Fiskus sich nicht weiter beteiligen und selbständig mit dem Verkauf vorgehen würde.

Abg. Hausmann (natl.): Ich bin ja überzeugt, daß der Reichstag ebenso wie der Bundestag den Angriff zurückgewiesen haben würde, der in die wohlerworbenen Rechte der hannoverschen Grundbesitzer nach dem ersten Entwurf des Kalkgesetzes beabsichtigt war, aber ich muß doch mein großes Bedauern darüber ausdrücken, daß eine solche Unruhe in den betreffenden Kreisen überhaupt erregt werden konnte, wie sie sich in den Tausenden von Petitionen Luft gemacht hat, und ich hoffe, daß der Versuch, ihnen zu nehmen, was ihnen nach Recht und Gesetz gehört, zum letzten Male gemacht worden ist. Was die Vorlage betrifft, so hat man sich daran gewöhnt, sie eine Loschmidtmann zu nennen. Bis jetzt sind ja abbauwürdige Kalkfelder im Auslande nicht vorhanden. (Das wird bestritten, D.H.) Sind nun bei uns solche Woden- schätze vorhanden, so muß auch verhärtet werden, daß sie verschleudert werden. Deutschland hat auch ein Interesse daran, daß die Kalkwerke, die in einer günstigeren Lage sind, ihre Übermacht nicht auszuüben gegenüber den kleineren Werken. Bisfolle Millionen von Werten sind verloren, die in kleineren Werken investiert sind. Es handelt sich hier um ein großes wasserländisches Interesse, und ich beantrage, die Vorlage in einer Kommission von 28 Mitgliedern genau zu prüfen. Ich würde dafür sein, daß das Gesetz nur auf eine Dauer von 10 Jahren gilt. Bei der Stilllegung von Betrieben sollten die Gemeinden von der Zentralbehörde gehört werden.

Abg. Röske (konf.): Es ist bereits von verschiedenen Seiten fest- gestellt worden, daß es sich hier um ein ganz besonderes Gesetz handelt, von einer Art, wie es uns noch nicht vorgelegen hat. Das ist zweifellos richtig. Die Materie, mit der sich der Entwurf beschäftigt, nimmt eine Ausnahmestellung in Deutschland ein. Denn das Kalk, dessen Absatz das Gesetz hier behandelt, ist ein Monopol für Deutschland. Wenn für den Absatz dieses Produktes besondere Verhältnisse festgelegt werden können, so kann das natürlich nicht in der gewöhnlichen Art geschehen, sondern es müssen auch besondere Maßnahmen greifen.

Die Kalksalze haben für die deutsche Landwirtschaft als Düngemittel seit Jahren einen ganz besonderen Wert. Seit dieser Zeit ist man auch bestrebt, diese nationalen Schätze für den deutschen Bedarf sicherzustellen. Man hat sogar einmal daran gedacht, die Ausfuhr zu verbieten. Die Verhältnisse haben sich inzwischen geändert. Man hat inzwischen gelernt, daß wir so reichhaltige Lager haben, daß in absehbarer Zeit nicht zu befürchten ist, daß sie erschöpft werden. Es handelt sich also nicht darum, dafür zu sorgen, daß sie nicht aufgebraucht werden, sondern daß die Ausfuhr nicht dem Auslande einen größeren Vorteil bringt, wie dem Inlande. Wir dürfen dem Inlande nicht dadurch eine Konkurrenz bereiten, daß dem Auslande billigere Kalksalze geliefert werden. Das ist eine Frage, die nicht bloß die deutsche Landwirtschaft, sondern das ganze deutsche Volk angeht. Die Ausbildung ist die Voraussetzung für bessere Ernte. Der größte Teil der deutschen Erde ist erst durch diese Düngung ertragreich geworden. Was ist nun zu tun, um zu verhindern, daß die Kalksalze dem Auslande eine bessere Stellung und gegenüber geben, jedoch dadurch die selbständige Ernährung Deutsch- lands durch die deutsche Landwirtschaft hintertrieben wird. Diese Frage geht das ganze deutsche Volk an. Das ist die Hauptbedeutung des Gesetzes.

Man muß mit der Gefahr rechnen, daß gewisse Konzepte bestrebt sind, daß das Kalk nach dem Aus- lande billiger abgegeben wird, wie nach Deutschland. Das ist eine nationale Gefahr. Darum müssen wir dieses Verfahr- en verhindern.

Das ausländische Kapital hat sich schon in Deutschland festgesetzt. Vier Werke werden bereits von amerikanischen und belgischen Geldern gehalten. Darin liegt eine ungeheure Gefahr. Das bisherige Syndikat hat die Grundsätze verfolgt, daß man der deutschen Landwirtschaft das Kalk billiger geben muß als dem Auslande. Ein Syndikat ist nur dann von volkswirtschaftlicher Bedeutung, wenn es von solchen nationalen Gesichtspunkten geleitet wird, wenn seine Verkaufspolitik eine nationale Grundlage und nationalen Charakter hat. Solche Gesichtspunkte hat z. B. das Kohlen- und Eisenerz-Syndikat nicht, es gibt die Kohlen nach dem Auslande billiger als nach dem Inlande. Wir haben die Regierung schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es eine falsche Politik ist. Vielleicht gelingt es uns endlich, sie zu über- zeugen. (Sehr richtig! rechts.) Das Kohlen-Syndikat muß andere Wege gehen. Wie würde es denn ohne das Gesetz sein. Eine Reihe von kleinen Werken würde vernichtet werden. Es würden nur die übrig bleiben, die kapitalstark sind und es aushalten können. So wird ein richtiger Trust entstehen. Das Ausland wird immer weiter einbringen, wenn nicht durch das Gesetz ordentliche Verhältnisse geschaffen werden. Wenn das Gesetz nicht eingreift, dann wird das Faurerfeld etabliert, dann liegt der Stärkere. Vom Standpunkt der Landwirtschaft möchte ich diesen Weg nicht gehen.

Que:

Der uns vorliegende Gesetzesentwurf ist auf alle Fälle ein sehr interessantes Dokument (sehr richtig! rechts), und ich kann namens meiner politischen Freunde erklären, daß wir bereit sind, an der Kommissionsverhandlung eifrig teilzunehmen.

Dieser Vorlage ist das Produkt einer Uebergangsperiode, sie charakterisiert sich als eine Bankrotterklärung der privatkapitalistischen Wirt- schaft in der Kalkindustrie;

sie beweist, daß selbst in einer Industrie, wo die Verhältnisse für die Privatwirtschaft so günstig gelagert sind, wie in der Kalkindustrie, die privatkapitalistische Ausbeutung der Bodenschätze gemeinschaftlich wurde, sodas, wenn man vom wahrhaft nationalen Standpunkt aus an diese Frage herantritt, die einzig vernünftige Lösung ist:

Dem Volk gehören die Bodenschätze, das Volk soll auch den Nutzen davon haben!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung allerdings zieht aus den in der Kalkindustrie eingetretenen anarchischen Zuständen nicht die richtige Konsequenz. Sie hat uns einen Gesetzesentwurf vor- gelegt, der die Privilegierung einer Handvoll Groß- kapitalisten bedeutet, der zwar ein Monopol, das unter staatlicher Kontrolle steht, schaffen will, aber den Nutzen hauptsächlich Privat- kapitalisten zuwendet. Es ist bezeichnend, daß, obgleich schon von verschiedenen Rednern der Entwurf besprochen wurde, sogar ein sehr scharfer Gegner desselben aufgetreten ist, keiner von den Herren der Schlussfolgerung gezogen hat, daß dieser Gesetzesentwurf nichts anderes ist als ein Zugestandnis an den Geist des Sozialismus, der heute durch die Welt geht, man mag ihn bannen wollen, wie man will.

Dieser Gesetzesentwurf will eine Zwangsorganisation der Kalk- industriellen, und zwar zur Aufrechterhaltung der Gewinne. Was würden Sie sagen, wenn wir von der Arbeiterseite her einen Gesetzesentwurf vorschlägen, oder einbrächten, der verlangte, daß alle dem betreffenden Verufe an-

Eine Wahlrechtsdemonstration in Reddinghausen.

Um über eine Wahlrechtsdemonstration zu schreiben, brauchen wir gewiß nicht den Raum dieser Zeitung zu verschwenden. Wahlrechtsdemonstrationen erleben wir am Sonntag, den 12. Februar, in anderen Städten weit prächtiger und gewaltiger als in Reddinghausen. Also das ist es nicht, was uns die Feder in die Hand drückt, obwohl es auch uns freut, daß es möglich war, in dem finsternen Städtchen eine Demonstration für das wichtigste Volksrecht in solchem Umfang zustande zu bringen.

Was uns veranlaßt, über die Demonstration zu schreiben, sind die Nachrichten einzuholen, die dabei zutage treten und die den Anschein erwecken, als ob Reddinghausen sich nach jenem Ruhm, den die Stadt und ihre Behörde einstmalig genossen, wieder zurücksehnte. Wir denken natürlich an die fürchterliche Blossstellung, die sich die Polizeiorbane dieser Stadt bei dem bekannten und berühmten Reddinghäuser Polizei- projekt im Jahre 1907 geholt und verdient haben.

Seit dem Prozeß war es besser geworden. Die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei kamen in die Lage, Versammlungen und Feste abzuhalten. Allmählich entwickelte sich denn auch ein zügel- und friedliches Verhältnis, d. h. die Behörde fand sich in Reddinghausen mit der Arbeiterbewegung und ihrer vereinsgesellschaftlichen Tätigkeit, und die freigeordnete Arbeiterkraft fand sich mit der Behörde ab. Hoffentlich bleibt es auch in der ferneren Zukunft. Ich es so, dann wollen wir die Vorgänge vom 12. Februar als einen vorübergehenden Rückschlag in die alte Freiheit betrachten.

Außerdem haben uns die Vorgänge am 12. Februar auch riesiges Vergnügen bereitet, was wir der Reddinghäuser Polizei zugute und hoch anrechnen wollen.

Die Wahlrechtsversammlung ist erstreut sich eines sehr starken Besuches. Saal, Hof und Wirtschaftszäume, überfüllt von Menschen. Mit dem Beginn der Versammlung wurden die Lokale abgesperrt. Hunderte, die Einlaß suchten, mußten wieder zurückgehen. Oberbester gesagt, sie bewunderten aus der Höhe und Form die feierhafte Tätigkeit, die die Polizei während der Versammlung auf den Straßen entwickelte. Und wie warteten aber auch auf den Schluss der Versammlung, der recht bald erfolgte. Als die Versammlung zielnehmiger auf die Straße strömte, hielt die Polizei - ob mit oder ohne Absicht, konnten wir nicht feststellen - die Gelbstraße so besetzt, daß die Massen unwillkürlich dem Markt zu wanderten. „Du, daß wir“, hörten wir einen Arbeiter zum anderen sagen, „die gleiche Absperzung in der Gelbstraße (wo das Versammlungs- lokal liegt) bringt uns die ganze Versammlung auf den Markt.“ Und so war es! In ganz kurzer Zeit war der Marktplatz von Menschen dicht besetzt.

„Hoch das Wahlrecht!“ „Wieder mit Bethmann-Hollweg!“ „Nieder mit den Volksschändern!“

So schallte es aus Hunderten von Röhren. Und diese Rufe setzten sich auf dem Markt fort, als der Zug, der sich inzwischen gebildet, das andere Ende der Steinbrückstraße erreicht hatte. In der Versammlung hatten sich mehr als tausend Mann zusammengefunden. Sie haben auf dem Spaziergang richtig zugehört. Mehrere, die den Zug an sich vorüberziehen ließen, schätzten die Zahl der Demonstranten auf rund 200. Ohne die verdächtigen Aufhänger. „Jawohl, verdient!“ Daß in der Stadt Reddinghausen und auch in der Umgegend die sozialistische Arbeiter- bewegung richtig im Vormarsch begriffen ist, das erfahren die gläubigen Beser. Der zentralischen Stadtverwaltung nicht. Man übt nach dieser Richtung im letzten Jahre die Politik des Taktierens an. Das aber werden allerhand Mänschen den Grund über die Sozial-

demokratie und damit der armen Arbeiterbevölkerung der Kopf ver- fleißert. Von den Gegnern sage nur schlechtes! Nach diesem Programm handelt die obige Zentrumspresse. Trotz der Zoschweigepolitik ist es soweit gekommen, daß z. B. in den letzten Jahren bei der Bergarbeiter- bevölkerung der Bergarbeiterverband den christlichen Gewerk- verein weit an Stärke überflügelt hat! Aber man schweig weiter tot. Auch das ist eine Lalkit. Der nicht sozialistischen Bevölkerung kam also der Aufzug überausend. Sehen ließen sie die Massen an sich vorbeiziehen. Nur ein bürgerlicher Zentrumsmann fand die Selbstbeherrschung bald wieder, er denunzierte einem Polizisten einen Hochrufer auf das Wahlrecht; war also ganz im ultramontanen Element!

Es hieß die christliche Arbeiterchaft im Kreise Reddinghausen beschimpfen, wollten wir ihr nachsagen, daß sie diesem Menschen und Demuzianten glühe. Wir haben im Laufe der Zeit eine große Anzahl von christlichen Arbeitern kennen gelernt, die Achtung für sich und ihre Ueberzeugung verlangen können. Was da denunziert und sonstwie in seinem Fanatismus und Unbuddantkeit keine Grenze kennt, das sind die Opfer der Erziehung der im Kreise vorhandenen Zentrumso rgane, denen keine Waffe zu schmutzig ist, wenn es gegen die freigeordnete Arbeiter- schaft zu kämpfen gilt.

Von der Steinbrückstraße bog der Zug in die Promenade ein. Da hinten winkte das schöne Rathaus. Dahin, dahin! — Über nicht nur der Demonstration zugewandt wurde sich nach dem Rathaus zu, auch die Schutzmannschaft war hierher geeilt und erwartete hier die Befehle ihrer Vorgesetzten. Lauter kriegerische Gestalten; auch einen reitenden Poli- zisten hatte sich die Stadt zugelegt. Im Galopp kam er angereiten.

„Der hat bei der reitenden Marine gedient!“ rief ein Witzbold. Große Heiterkeit und Futtraufe quittierten dem Rumpel! Die älteren Demon- stranten mahnten zur Ruhe. Da vor dem Zuge, noch zwanzig Schritte, war die Schutzmannschaft. Die breite Promenade, sonst frei von Menschen, behielten nur Demonstranten und Polizisten. Aus den Fenstern der hier liegenden Willen und Häuser steckten Neugierige die Köpfe heraus. Da hielt auf ein Weichen der Zug. Ein höherer, wohlbeleiteter Polizeibeamter reut umher, was das Zeug halten kann, ein Schutzmann hinterdrein. Was war los? Soeben waren erneut Hochrufe auf das Wahlrecht erschallt. Da, ein Mann über Bord! Die Polizei hatte einen Demonstranten aus der Masse heraus verhaftet, den Vertrauensmann der Bergarbeiterperbandszahlstelle Reddinghausen. Um ihn, wie man ihm später auf der Wache sagte, „von der Fortsetzung strafbarer Hand- lungen abzuhalten.“ Spä!

Ob das wirklich der Grund der Verhaftung war? „Frau C. (die Frau des Verhafteten), gleich kommen Sie dran — Sie gehören zu Ihrem Mann!“ — „Ja, sicher!“ — „Gleich mir's heiß!“ Da kam der Schutz- mann wieder vorbeigeritten. Es war die höchste Zeit. Nur noch ein Stückchen Weg und — sollte wirklich ein Zusammenstoß erfolgen? — Der höhere Polizeibeamte erteilt Befehle an die Schutzleute. Die vor- dere Demonstranten werden von ihrer Führung dringend ermahnt, sich nicht provozieren zu lassen. „Geh ruhig vorwärts!“ Nun noch fünf Schritte! Die Augen der Demonstranten richten sich sämtlich auf die Polizisten. Doch nach der leise scherzenden Unterhaltung der letzten Augenblicke zu rechnen, scheint in den vordersten Reihen alles frohen Mutes zu sein. Das Rathaus war ja erreicht. „Nun macht mit uns, was ihr wollt.“ „Was nun vor sich geht, hat die Polizei zu ver- antworten.“ Da geht laut Kommando! Die Schutzmannschaft löst sich! Doch nicht gegen die Demonstranten! Nein, die Beamten gehen zur Seite! Hinter uns sehen wir, wie der Zug geteilt wird, dicht an dem Rathaus vorbei marschieren eine Kolonne Demonstranten, mit den gemühtigten Besetzten von der Welt. „Hier bitte abbiegen!“ rief der

führende Polizeibeamte der Führung des Zuges zu. Die Schutzleute scheinen falsch verstanden zu haben. Sie teilen die Demonstranten nach bürgerlicher Achtung hin und werden dafür herb zurückgesehen. Da kommt ein junges Brautpaar, das ebenfalls eine Villa auf der Prome- nade aufsuchte. „Bitte, nach dort hin!“ Der Bräutigam sperrt den Mund auf. Aber er redet nicht, werden er und sein Bräutigam in die Kolonne hinein und von dieser mitgeschoben, — ein unfreiwilliges Demonstrantenpaar! „Das ist brav!“ meinen scherzend unsere Leute. Langsam geht es weiter. Immer mit Humor. Man bemerkt allgemein, daß die Polizei mit ihrer Teilung ein Witzgeschick erfährt. Etwa noch 150 Schritte, und das geteilte Demonstrantenthor wird sich am Viehlor wieder zusammenfinden. Richtig, so kam es!

Eine Volksmenge hatte sich angefannt. Was wollten die eigentlich? Nun gerieten sie unter die Demonstranten. „Hoch das Wahlrecht!“ erschallt es aus der Menge. Das Schutzmannspferd erhält die Sporen. Dann gehts in die Breitestraße hinein mit dem Gaul. Die Schutzjüngel bemächtigt sich des Reiters. Johlden laufen sie Hof und Meier nach, werden aber von Demonstranten zurückgewiesen. Wir schauen uns um. Polizei und Volk alles durcheinander. Doch gelangt es der Polizei hier endlich, den Demonstrantenzug aufzulösen. Aber erst werden noch einige verhaftet. Warum, weiß man nicht. Ein Teil der Demonstranten findet sich im Versammlungsort lokal wieder. Es geht lustig her. Als alles vorüber ist, scheint bei der Polizei sich der Mut zu steigern. Sie besetzt das Lokal und holt sich einen Gast, der sein Glas Bier noch in der Hand hat, aus der Wirtschaft heraus. Der Mann wird fixiert. Draußen trampeln eine Unzahl Schutzleute umher, im Lokal sind Geheimpolizisten. Die Absicht der Polizei wird bemerkt und man wird nicht — verstimmt! Nur Ruhe, aus lauter Posheit immer Ruhe halten! Das war das Beste, was im Augenblick getan werden konnte.

So, jetzt wollen wir sehen, wie es den Inhaftierten geht! „Die müssen heraus!“ Um kein Ungehens zu machen, „verdrücken“ sich einzelne Leute, die sich zur Befreiung der Inhaftierten nach dem Rathaus aufmachten. Hinter einem Glase Bier im Ratskeller wird der Plan be- sprochen und unser alter Freund E. und Frau C. werden als „Deputation“ vorgeschickt. Sie hatten Erfolg. Dem ersten wurde ganz jovial ungefähr folgendes erklärt: „Herr S., wenn mit Sie im Zuge schon beschafft hätten, dann erging es Ihnen wie dem E.“ So aber befand sich unser Freund hinter am Zuge, wo es manchmal auch recht gefährlich sein soll. Dem Wunsch aber, C. nachher in den Ratskeller hineinzuschicken, wurde willfahren. In einer halben Stunde war E. da und mußte eine Runde bezahlen. Da auch von den übrigen Inhaftierten etliche freigelassen wurden, war in Reddinghausen der M o r m a l z u s t a n d bald wieder hergestellt. Nur die Bürger und ihre Familien fanden zumeist noch an den Türen und auf den Straßen, um das Ereignis des Tages zu besprechen. Ueber der Stadt lag sonst der Gottesfrieden. Und so hätte es bleiben können, wenn die Polizei es gewollt hätte. Aber der Mensch denkt, die Polizei lenkt!

Schon war uns zu Ohren gekommen, daß um 10 Uhr im Ver- sammlungslokal Polizeieintunde geboten werden sollte! Aber die wurde nicht ernst genommen. Ging es doch im Lokal wie an gewöhn- lichen Tagen zu. In der Wirtschaft unterhielt man sich ruhig; in Nebenzimmer tagte die Sitzung des Gewerkschaftsrates. Der Saal war finster und unbefleht. Jemand ein Grund, Polizeieintunde feitzuzügel- lag nicht vor. So etwas konnte man höchstens im Finsternländer Hinterland noch erwarten. In Reddinghausen nicht mehr. O, wir Vertrauens eige- nen! Punkt 10 Uhr rückte ein großes Polizeiaufgebot heran. City- Kommissar und sechs Schutzleute forderten den Wirt auf, den Ausschank einzufüllen. Die Anwesenden sollten sofort das Lokal verlassen! Also

gehörenden Arbeiter der Berufsorganisation an- gehören müssen? Was würden Sie sagen, wenn wir einen Gesetz- entwurf einbringen, der für die betreffenden Arbeiter des Berufs bestimmte Minimallohnsätze, die unverrückbar sind, bezw. Lohn- sätze verlangt, die sich als eine annehmbare Verwertung der Arbeitskraft bezeichnen lassen? Meine Herren, mit Hoh- geschächter würden Sie uns überschütten, wenn ein Gesetzentwurf, wie ich ihn skizzierte, von uns eingebracht würde, damit dem Arbeiter die auskömmliche Verwertung seines Kapitals, nämlich seine Arbeits- kraft, gesichert würde.

Dagegen, daß die Regierung einen Gesetzentwurf einbringt, der den Unternehmern ihre Gewinne sichern soll, hatten die meisten Vorredner eigentlich im Grunde gar nichts.

Meine Herren, wenn die Arbeiter auf Grund der bestehenden Gesetze ihre Berufsgenossen zu organisieren versuchen, was geschieht dann? Tritt da etwa die Regierung hervor mit einem Gesetzentwurf, um die Organisationsunlustigen, die Außenseiter, der Arbeiterorgani- sation zuzuführen? Nein, meine Herren! Im Gegenteil, man schickt Gendarmen und Militär mit Maschinengewehren in die Industrieviertel (sehr richtig bei den Sozialdemokraten), um die Arbeiter mit Gewalt, mit Einschüchterung, mit Bedrohung ihrer persönlichen Sicherheit von den Veranstaltungen der Organisation fernzuhalten!

Das ist kennzeichnend für den Klassenstaat.

Daß man für die Starken eine Zwangsorganisation zur Stabilisierung ihrer Profite schaffen will, aber die Schwachen, die Arbeiter, sogar mit Gewalt hindert, das so lässliche Koalitionsrecht, welches sie heute haben, anzunehmen.

Meine Herren, der Gesetzentwurf ist auch eine starke Zustimmung der Regierung an den Reichstag. Was will denn der Entwurf? Wenn er ein reines Staatsmonopol verlangte, so würde ich ihm ganz anders gegenüberstehen. Er will aber nicht ein Staats- monopol, sondern ein Monopol, an dem wohl einige Staaten mit einigen Prozenten des Absatzes beteiligt sind, das aber zum weitaus größten Teil dem Privatkapital zugute kommt.

Meine Herren, wie weit sind wir denn heute gekommen?! Die Regierung legt diesen Gesetzentwurf dem Reichstag vor, einem Reichstag, von dem sie weiß, daß eine ganze Reihe Per- sonen darin sitzen, die direkt und indirekt Interessenten der Kalkindustrie sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist eine starke Zustimmung an den Reichstag, wenn man ver- langt, daß dieser Gesetzentwurf hier Annahme finden soll. Damit mutet man den betreffenden Mitgliedern dieses Hauses zu, ihre per- sönlichen Interessen höher zu stellen als die Interessen des Volkes. Man will dadurch

Den Reichstag korrumpieren!

Wir haben alle Veranlassung, diesem Versuch mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Ich muß deshalb schon mitteilen, welche Herren da in Betracht kommen, damit vor aller Welt die Würde des Reichs- tages durch diese Herren öffentlich gewahrt wird, damit nicht später von der Volksorgane gesagt werden kann, der Reichstag sei zu einer Schacher- bunde herabgewürdigt worden, wo die Wächter ihre Tische aufstellen. In einem Protokoll, das kein richtiges Protokoll sein soll, sind als Teilnehmer an der Konferenz genannt worden die Herren Abgg. Müller (Zulda), Dr. Mayer (Kaufmann), Graf v. Dypers- dorff, Baron v. Dannenberg, alles Mitglieder dieses Hauses, von denen ich bis heute noch keine Handlung kenne, die mich berechtigt, ihnen Eigennutz, oder eigennütziges Ausübung ihres Mandats zuzumuten. Aus diesem Grunde meine ich, sind wir es der Würde des Reichstages schuldig, die Herren aufzufordern, zu erklären, ob es wirklich wahr ist, daß sie mit dem ersten Interessenten des Kalk- industrie, Herrn Dr. Emil Sauer, eine Unterredung gehabt haben, in der sie die Grundzüge dieses Gesetzes vereinbart haben, und wo zu einem ziemlich unüber- blühten Terrorismus gegen die Außenseiter auf- gefordert wurde. Ich sage, es ist notwendig, daß diese Erklärung erfolgt und glaube damit durchaus nicht die Gepflogenheit dieses hohen Hauses verletzen zu haben, wenn ich in diesem Zusammenhang die Namen der Herren nannte. Es ist mir wohl bekannt, daß zwei der von mir vorher genannten Herren Interessenten an der Kalkindustrie sind, und zwar von Werken, die, wenn das Syndikat zerfällt, oder dieser Geset- entwurf scheiterte, vielleicht mit ihren Werken in sehr schwierige finanzielle Verhältnisse geraten würden.

Es ist das Recht der Volksvertretung, zu erfahren, wie solche hochwichtigen volkswirtschaftlichen Vorlagen zustande kommen. Bei

doch ein Mißfall in die Zeiten selbigen Ungedenkens. Der Kommissar wurde vom Wirt gefragt, von anderen ebenfalls, ob er im Lokale etwas bemerkte, was ungesüßlich sei? Ob Ruhe und Frieden gestört würden? Und man frag ihn weiter, ob er mündlichen oder schriftlichen Mißbrauch habe? Auf eine befriedigende Antwort lauzern wir nach heute. Statt zu reden wird gehandelt. Die Gäste wurden hinaus gedrängt. Dann rückte man hinein ins Sitzungszimmer des Kartells —

„Meine Herren, wir ersuchen Sie, das Lokal zu verlassen!“ Hier findet eine Sitzung des Gewerkschaftskartells statt. Witte, entfernen Sie sich!“ Die Beamten blieben und wiederholten ihre Aufforderung. Von allen Seiten wird gegen ihr Verhalten protestiert. Der Vorstehende forderte, nachdem er den Beamten einige Rechtsbehauptungen zuteil werden läßt, diese auf, das Zimmer zu verlassen. Die Beamten bleiben trotz der dreimaligen Aufforderung. „Also, meine Herren“, beginnt der Vor- sitzende, „da Sie meiner Aufforderung nicht nachgegeben sind, bin ich gezwungen, ihre Nummern festzustellen. Bitte, verhalten Sie sich ruhig!“ Der kleine Kartellvorstehende steht auf. Und jetzt begann ein Schauspiel für Götter. Die sechs Polizeisten standen still. Einer der Kartellbelegierten nahm den Schreibblock und der kleine Wirtung schlug die Mängel der Polizeisten zurück. Es waren durchweg starke Menschen und der kleine Wirt war anscheinend gezwungen, auf den Zeichen die Nummerkontrolle vorzunehmen! Inzwischen wurde der Herr Kommissar gefragt, ob denn die Polizei sich nicht früher genug blockiert hätte mit ihrem Vorgehen gegen die Arbeiter? Ob jetzt wieder zu den alten Praktiken gegriffen werden sollte? Soweit alle doch eine Polizei wissen, daß Kartellbildungen nicht in solcher Weise behandelt werden dürfen, als es jetzt geschieht. Alles half nichts!

Inzwischen war die Untersuchung bei den Beamten zu Ende. Man drehten die Herren den Spieß um und verlangten die Namen der Kartell- belegierten zu wissen. Der nicht wollte, dem wurde Verhaftung an- gedroht. Um größeren Schrecken aus dem Wege zu gehen, werden die Namen genannt. Nur als man zum Schreiber dieses den Namen verlangte, fiel die Polizei auf Widerstand. Mein, Namen gibt es nicht. Zuerst wollen wir wissen, auf Grund welcher Gesetze und Verordnungen die Polizei hier eindringt und zur Feststellung der Namen schreitet?“ Zuerst schweigt der Leiter der Polizeikommission. Dann beruft er sich auf einen erhaltenen Auftrag.

„Nun, dann sagen Sie dem Instrukteur und Auftraggeber, daß es uns beliebt nicht einfallen, den Namen zu nennen. Das wäre ja schließlich nichts anderes, als solches Vorgehen der Polizei noch unter- stützen. Bitte, schreiten Sie zur Verhaftung!“

Ein Polizist geht auf den Verweigerer des Namens zu, wird aber von Polizeikommissar abgeminkt. „Den Herrn kennen wir schon!“ Das entsetzte große Heiterkeit! Also es ging auch so. Doch was blieb übrig, als daß der Vorstehende infolge des kleinen Zwischenfalles die Kartellbildung jähloß? Ein Delegierter nach dem anderen wurde zuerst von den Beamten in die Gaststätte und von da aus zur Hintertüre hinausgeschoben. Für diesen Tag hatte die Redlingerhauser Polizei ihren alten Ruhm wieder erreicht. Für einen Tag. Denn wie wir hören, ist am anderen Tag den Beschwerdeführern recht gegeben und das Vorgehen der Polizei nicht gebilligt worden.

Die schwarze „Redlingerhauser Volks-Zeitung“ kam zu spät, als sie die Welt anlog, daß in der Demonstrationsversammlung zur Revolution aufgefordert worden wäre. Dieser plumpe Zentrums- Schwindel aber gebirte noch dazu, um das Bild zu vervollständigen. Wie hätte man sich einen Demonstrationstag für ein gleiches, schamloses Verhalten denken können, ohne daß ein Zentrumsorgan nicht lag und denutzte? An-so etwas muß man sich im schwarzen Hinterlande schon gewöhnen.

den Verhandlungen mit dem preussischen Handelsminister waren die Herren Dr. Sauer und Schmitzmann zusammen. Das letztere ist ja ohne Zweifel richtig. Darum frage ich:

**Wo sind die Vertreter der Arbeiter gewesen, die man doch bei dieser Beratung hätte mit hinzuzuziehen müssen?! Es ist ja charakteristisch für unsere Zustände: es kann ein noch so wichtiger volkswirtschaftlicher Gesetzentwurf dem Parlament vorgelegt werden, die Interessenten des Kapitals werden vorher gehört, die Vertreter der Arbeiter aber — ich denke gar nicht einmal hierbei an bestimmte Personen — werden nicht zugezogen.**

Zwar wird in der Begründung die Arbeiterschaft einmal genannt; aber wie sie genannt wird, und was insbesondere damit bezweckt wird, das ist bezeichnend für die Art und Weise, wie bei uns Gesetze „begründet“ werden. Ich erkläre: die Sozialdemokraten sind mit Freuden bereit, an der Erhaltung unserer Voben- sätze mitzuarbeiten. Noch mehr, meine Herren! Gerade wir Sozialdemokraten sind es gewesen, die schon vor Jahren hier im Hause aufmerksam gemacht haben auf die Anarchie, die in der Kalkindustrie, auch in der Kohlenindustrie herrscht. Wir waren es, die deshalb aufgefordert haben zu einem gesetzlichen Ein- schreiten zum Schutze der nationalen, nicht etwa der kapitalistischen Interessen. Die Begründung der Vorlage nennt u. a. als ihr Motiv: es könnte dadurch, daß die Anarchie in der Kalkindustrie weitergriffe, die Zechenstilllegung — wie wir sie im Ruhrgebiet in den Jahren 1903 und 1904 erlebt haben — sich wiederholen. Die Folgen der Zechenstilllegungen seien Arbeiterentlassungen, es werde die Steuerkraft der Gemeinden vermindert, es träten dadurch schwere Schädigungen der Gemeinden und der Gewerbetreibenden ein. Ja, meine Herren, gerade wir Sozialisten haben am 21. April 1904 die Regierung hier interpelliert, was sie gegen die Verwüstung der nationalen Vobensätze und die Schädigungen der Gemeinden durch die Zechenstilllegung im Ruhrthal tun wolle! Was hat uns die Regierung geantwortet? Mit dürren Worten hat damals der Herr Regierungsvertreter erklärt: **er lehne die Verantwortung der Interpellation ab** (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), weil diese Angelegenheit eine Sache der Landesgesetzgebung sei! (hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ist es möglich, fragt man sich, daß dieselbe Regierung, die damals, als sich die schwere Bedrohung der Gemeinden im Ruhrthal durch die

Zechenstilllegungen

immer mehr verdichtete und schließlich zu einer schweren Schädigung wurde, kritik abnehmend antwortete: „Dann hat sich der Reichstag nicht zu kümmern, die Angelegenheit ist Landesache, wir können auf reichsgesetzlichem Wege nichts tun, um diese Sache zu verhindern“, — ich sage, ist es möglich, daß dieselbe Regierung, wenn es auch andere Personen sind, uns heute einen Gesetzentwurf vorlegt und darin die Zechenstilllegungen im Ruhrgebiet, deren schwere Schädigung sie damals abgetritten hat, die nicht einmal erwähnt wollte, als Begründung der jetzigen Vorlage heranzieht, die allerdings nicht zum Schutze der nationalen Interessen, sondern zum Schutze der kapitalistischen Interessen herangezogen ist? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, da die Vorlage von den Zechenstilllegungen spricht, wäre es geradezu eine Pflichtvergessenheit, wenn ich als Vertreter eines der schwergetroffenen Kreise nicht sagen würde, wie es tatsächlich gekommen ist. Was hat der Herr Minister Wöller damals im Landtag gesagt? Höhnisch hat er von einer „Theaterpanik“ gesprochen, die sich im Ruhrthal wegen der Zechenstilllegung breit mache. Höhnisch sprach ein anderer, es war ein freikonservativer oder ein nationalliberaler Redner, von der „sozialdemokratischen und der ultramontanen Agitation“, die die Zechenstilllegung zu einem Aufhebungsmittel gebrauchte. Heute soll die „Theaterpanik“ den Kalkindustriellen zum besten dienen. In der Tat waren im Ruhrgebiet schon im Mai 1904 451 Arbeiter auf den betreffenden Zechen entlassen, 3431 waren damals schon freiwillig abgegangen, weil sie sich vor der Kündigung fürchteten. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sind schon nahezu 4000 Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle wechseln mußten, das Ruhrthal verlassen oder heute stundenweite Wege zu einer anderen Arbeitsstelle machen mußten. Inzwischen ist die Sachlage noch verwickelter.

Damals ist man einfach mit leeren Worten darüber hinweg- gegangen, damals hat sich die Regierung, um die schwer bedrohte und geschädigte Ruhrthalbevölkerung, um die vielen tausend Arbeiter, die vielen kleinen Landwirte und Geschäftsleute, die als Lebensmittel- lieferanten für die Arbeiterchaft in Betracht kommen, auch nicht einen Cent gekümmert. Aber jetzt, wo es sich um die Kalkindustriellen handelt, um

Die Leute, die vor Geld nicht wissen, woher und wohin

wo es sich um die Bereicherung von Millionären handelt, da wird die Zechenstilllegung als Motiv für diese Vorlage herangezogen! Ich muß schon sagen: wenn sich jemals der Klassencharakter des preussischen Staates, von dessen Regierung diese Vorlage kommt, manifestiert hat, dann in dieser Begründung, wo man das, was man, wo es sich um arme Leute handelte, abstritt, nun dazu benutzt, um reichen Leuten die ungeheuren Profite zu sichern. (Bravo! und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, erinnern Sie sich doch bitte, die damals schon Mitglieder des hohen Hauses waren: wir Sozialdemokraten waren es ja, die im Jahre 1904 bei den Zechenstilllegungen auch nachdrücklich auf die Vorgänge in der Kalkindustrie, damals schon auf das Ein- dringen des ausländischen Kapitals in diese Industrie hingewiesen, die damals schon die Regierung aufgefordert haben, rechtzeitig zum Schutze der nationalen Interessen vorzugehen.

Ich muß schon sagen, in dem Punkte bin ich mit dem verehrten Herrn Abgeordneten Gothein nicht einverstanden. Ich habe die Ueber- zeugung nicht, daß das ausländische Kapital, vorzüglich das ameri- kanische Kapital, sich, wenn das Syndikat zerfällt, nicht daran macht, Kalkfelder zu erwerben. Ich bin im Gegenteil der Ueberzeugung, daß, wenn man es nicht öffentlich macht, die Anläufe heimlich vor sich gehen werden. Die Ueberführung des Verfügungsrechts über Voben- sätze, die unserer Nation gehören, nicht den deutschen Kapitalisten, in die Hände amerikanischer, belgischer, französischer Kapitalisten wird geschehen, auch wenn das Syndikat nicht erneuert würde. Darum müssen wir der Verdrängung unserer Nation einen Riegel vorzuschieben.

Meine Herren, wir haben damals — 1904 war es — darauf hingewiesen, was kommen würde. Ja, wer hat denn aus dem Hause uns damals untertützt? „Phantasten“ hat man nachher in der Zeitung unsere Warnungen und Vorschläge genannt.

Meine Herren, ich möchte Sie auch, die Sie sich mit dieser Sache noch nicht beschäftigt haben, darauf verweisen, daß in dem Gesetzentwurf der preussischen Regierung — denn die hat mit den Herren Sauer und Genossen eigentlich den Gesetzentwurf erzeugt (Zurück bei den Sozial- demokraten), — es mag ja sein! manche nennen es Mißgeburt, Wechsel- balg, aber wir stehen ja

im Zeitalter der Wechselbälge.

wie die preussische Landtagswahlrechtsvorlage zeigt — sich ein merk- würdiger Paragraph, der § 29 befindet. Eben erwähnte ich die Zechenstilllegungen. Meine Herren von der Regierung, Sie provozieren ja in Ihrem Gesetzentwurf selbst die Zechen- stilllegung in der Kalkindustrie. Das, was das Kalksyndikat auch in seinem neuen Vertrag — es ist der § 30 — zuläßt, nämlich die Quoten- übertragung, das ist daselbe wie die Uebertragung der Beteiligungsziffer im Kohlenyndikat. Diese Quotenübertragung hat heute schon — und zwar will ich nur nennen die Gewerkschaft Germania II — zur Stilllegung von Zechenteilen und zur Entlassung von Arbeitern geführt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und, meine Herren von der Regierung, die Sie in Ihrer Begründung die Zechenstilllegung ab- schreckend an die Wand malen, um die Vorlage durchzubringen, sie wollen in § 29 des Gesetzentwurfs der Vertriebsgemeinschaft, d. h.

den Kalkindustriellen das Mittel an die Hand geben, wenn es ihnen paßt, ebenfalls gewisse Werke stillzulegen, dann mögen die übrigen Interessenten, mögen die Arbeiter, mag die Landwirtschaft, mögen sonstige Interessenten sehen, wo sie bleiben. Ich glaube, es wird in der Begründung eines Gesetzentwurfs die Folge einer anarchistischer Wirtschaftsweise während anküft und in demselben Gesetzentwurf geradezu zu anarchistischen Zuständen anreißt.

Wenn der Gesetzentwurf hier die Mehrheit finden sollte, dann werden wir dafür sorgen, daß der Reichstag auch vor die Frage gestellt wird, ob dieser Gesetzentwurf nicht auch

für die Arbeiter Tarifverträge vorschreiben

soll. Will man auf der einen Seite den Unternehmern, den Kapitalisten, eine, dabei hohe, Rente garantieren, dann ist es nicht mehr als recht und billig, daß man den Arbeitern, die in dieser Industrie beschäftigt sind, auch eine auskömmliche Verwertung ihrer Arbeitskraft garantiert. Wir werden also im entsprechenden Zeitpunkt der Beratung Anträge einbringen, daß der Gesetzentwurf eine Bestimmung vorsehe, wonach die Vertriebsgemeinschaft mit den Arbeiterorganisationen Tarifverträge abschließen muß, worin das Arbeitsverhältnis auf der Basis eines anständigen und auskömmlichen Minimallohns geregelt wird. **Glauben Sie nur nicht, daß wir diesen Geset- entwurf aus dem Hause gehen lassen, ohne alles ver- sucht zu haben, um den Interessen der Arbeiter — es sind viele Tausende — die von Regierung nicht beachtet worden sind, zu ihrem Rechte zu verhelfen!**

Meine Herren, das ist um so notwendiger, als bei den Riese- gewinnen in der Kalkindustrie, von denen schon die Rede gewesen ist, selbst die bestbezahlte Arbeiterklasse, nämlich die Klasse der Sauer, jährlich nicht einmal einen Durchschnittslohn von 4,50 Mk. pro Schicht bekommen hat (sehr richtig! bei den Soz.), in einer Industrie, die Riesengewinne abwirft, zu der sich das Kapital mit ständiger Gewalt drängt, wo Gewinne gemacht werden, die geradezu märchenhaft klingen.

Wir haben gestern in Magdeburg eine Konferenz von Kalkarbeitern gehabt, von denen einige 15, 20 Jahre und noch länger in der Kalk- industrie tätig gewesen sind. Die Fachleute haben uns geradezu

unglaubliche Zustände

mitgeteilt, wir werden darauf noch zu sprechen kommen. Sie werden ihr blaues Wunder erleben, was für Zustände in dieser „nationalen“ Industrie herrschen. Die Arbeiter haben uns auch mitgeteilt, daß die Löhne fortwährend heruntergedrückt werden (hört! hört! bei den Soz.), heruntergesetzt werden zu einer Zeit, wo man den Kapitalisten in die Höhe setzt. In einer Zeit, wo durch die im vorigen Jahre beschlossene sogenannte „Finanzreform“ die Löhne der Arbeiter noch mehr gesenkt wurde, zu derselben Zeit werden die Arbeiterlöhne in der Kalkindustrie gekürzt. Noch mehr wie in anderen Zweigen der Bergbauindustrie. Ich will nur kon- statieren, daß allein in den Kohlenrubenrevieren von Oberschlesien, Niederschlesien, dem Saargebiet, dem Ruhrrevier, dem Aachener Revier und im Palteschen Braun- schweigebiet von Ende 1907 bis zum dritten Quartal 1909 die Lohnsumme um über 64 Millionen Mark zurück- gegangen ist! Das in einer Zeit außerordentlich gestiegener Lebens- mittelpreise! Dabei ist die Zahl der Arbeiter selbst noch gestiegen.

Mein Kollege Emmel, der der erwähnten Konferenz beiwohnte, ruft mir in die Erinnerung, daß auch die Arbeitszeit in der Kalk- industrie verlängert wurde, daß zahlreiche Vobensätze gemacht werden, anderthalb Schichten pro Tag, d. h. 12- und 13-stündige Schichten dreimal in der Woche! Das in einer Zeit, wo man von Ueberproduktion redet, wo man eine Vertriebsgemeinschaft schaffen will, weil man zu viel produziert! Wie reimt sich das zusammen?

Dann möchte ich auch auf die chemische Industrie hinweisen, die mit der Kalkindustrie zusammenhängt. Was sagen Sie dazu, daß in den außerordentlich ertragreichen Fabriken von Westeregeln die best- bezahlten Arbeiter für ihre schwere, gesundheitsgefährliche Tätigkeit nicht einmal 4 Mk. pro Tag bekommen! (Hört! hört! bei den Soz.) Wir haben gestern auch festgestellt, daß die Arbeiter der außer- ordentlich rentablen Gesellschaft Westeregeln zum Teil in Wohnungen hausen, wo eine Familie von acht Köpfen in einem einzigen Zimmer zusammen schlafen muß! Das ist die „nationale“ Kalk- industrie, welche wir schützen sollen, deren Profite wir sichern sollen, indem wir den Reichstag zu einer Schacherbunde herabwürdigten. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Kalkindustrie ist geschildert worden als eine solche, die geradezu ein Monopol für Deutschland ist. Einstweilen ist sie es. Es wurde früher angenommen, nur im Staßfurter, Magdeburger Becken seien Kalkfänge vorhanden. Heute wissen wir, daß diese Angabe sich bis zum Elsaß erstreckt, in Frankreich und Holland sollen schon ansichtsvolle Bohrungen unternommen sein, am Niederrhein ist auch Kalk. Also so steht die Sache nicht, daß wir uns eines uneingeschränkten und unbemessenen Monopols erfreuten. Trotzdem muß man sagen, wenn irgend eine Industrie ein Spielball bietet für die Unhalt- barkeit der privatkapitalistischen Ausbeutung, dann ist es die Kalk- industrie.

Das vielgelobte „freie Spiel der Kräfte“ hat hier Schiffbruch gelitten, weil es die Züchtung von Millionären auf Kosten der Gesamtheit erzeugte.

In einer Gesellschaftsordnung, in der das Wohl der Gesamtheit die oberste Richtschnur der Staatsraison ist, kann das Ausbeuterinteresse nicht auf seine Kosten kommen. Ich habe in einer Zeitung, die dem Kalksyndikat sehr nahe steht, gelesen, die Kalkindustrie sei nahe daran, in ihrem Fetz zu erstickten. Das stimmt auch. Wir haben von Herrn Kollegen Gothein gehört, wie das Syndikat durch alle möglichen Maschinen die Preise hochhält, daß dadurch stets der Unreiz zur Gründung neuer Werke gegeben wird, daß geradezu ein Sturm des Kapitals auf die Kalkindustrie entsetzt wird. Man hat im Jahre 1875 so viel über die Gründerpekulation geflagt. Wenn Sie die Spekulation in der Kalkindustrie kennen würden, wo man Bohranteile von Gesellschaften verkauft, die noch keinen Bohrermeister anheben können, wo Hunderttausende von Mark einfach als Gründerverdienst eingestekt werden, ehe man überhaupt an die Ueberführung der Schächte geht, so würden Sie mit uns der Meinung sein, daß es unmöglich so weiter- gehen darf. Wir müssen das Wort: **„Die Kalkindustrie ist eine nationale Industrie“**, wahrnehmen, indem wir dem Volk diesen Reichtum sichern, ihn der Privaten Ausbeutung entziehen.

Wie steht es übrigens mit den Gewinnen in der Kalk- industrie?

Sind sie wirklich so, daß eine Abschätzung der Preise nicht möglich wäre? Wenn ich Ihnen sage, daß z. B. das Werk Wilhelmshall eine Zubehörsache von 1850 Mark pro Stange gezeilt, pro Stange aber eine Ausbeute von 11 950 Mk. erzielt hat, so werden Sie schon zugeben, daß das ein sehr gutes Geschäft ist! Wenn ich Ihnen weiter mitteile, daß das Solvanwerk bei 10 Millionen Kapital — heute hat es ja das Kapital aus dem Herrensponds auf 40 Millionen gebracht —, sechs Millionen Mark Nettoüberschuß erzielt (hört! hört! bei den Soz.); wenn ich weiter sage, daß selbst im Jahre 1908 die preussisch- förtalischen Salzwerke, die infolge der ungünstigen Verhältnisse, der Wasserzuflüsse und der Fördererhöhung relativ schlecht gestellt sind, noch 27 Proz. an den Bruttoeinnahmen verdient haben, und daß speziell das staatliche Werk Bienenburg einen Verdienst von 37 Proz. an der Bruttoeinnahme hatte; so sind das doch Beweise dafür, daß wir es mit einer höchstrentablen Industrie zu tun haben und die Behauptung, die Preise könnten nicht erniedrigt werden, unhaltbar ist. Ferner: Die Gewerkschaft Hohenjöhren bei Frieden in Hannover hat im vorigen Jahre auf den Kopf des Arbeiters einen Ueberchuß von 1250 Mark gemacht. (Hört! hört! bei den Soz.)

Dabei beträgt der Durchschnittslohn des Kalibergarbeiters in Preußen nur 1200 Mark! Die Gewerkschaft Deutschland gar machte im vorigen Jahre auf den Kopf des Arbeiters einen Ueberchuß von 1700 Mark. (Hört! hört! bei den Soz.) Herr Dr. Winster, ein Bergwerksdirektor, der ein sehr lehrreiches Buch über die Kalilagerung geschrieben hat, sagt ohne weiteres:

Nach den letzten Verhältnissen muß jedes Kalimoor, das ungefähr zwei Millionen Mark Umsatz im Jahre hat, einen Reingewinn von 60000 Mk. herauswirtschaften.

Das sind 80 Prozent Reingewinn, ein brillantes Geschäft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die merkwürdigerweise heute auch für das Zwangsyndikat ist — sonst wollen die Herren des Ruhrgebiets von staatlichen Eingriffen nichts wissen — schrieb am 6. Februar d. J.:

Wenn die Kalilagerung sich einigen wollte, dann könnte sie bei einem Jahresumsatz von 150 Millionen etwa 75 Millionen rein verdienen.

Das sind, nach der Angabe dieses Unternehmerblattes, 50 Prozent Reingewinn!

Ein Vertreter der Kalilagerer, ein Kalilagerer — es ist nicht Herr Schmidtman — ist von einem Bundesratsmitglied um ein Gutachten über den Gesetzentwurf angegangen worden. Der Herr hat darauf dem Bundesratsmitglied eine Denkschrift ausgearbeitet, in der es heißt, daß der vorgelegte Gesetzentwurf ein plakatkräftiger Gesetzentwurf sei. Wenn schon von Seiten der Industriellen die Meinung vertreten wird, daß hier ein schwerer Eingriff in die Taschen des Volkes versucht werde, dann haben wir im Reichstag alle Veranlassung, nicht so mit „einerseits“ — andererseits“ und „diesseits“ — jenseits“ zu operieren, wie es der Herr Vertreter des Zentrums getan hat, sondern klare Bahn zu schaffen, und diesen erst recht nicht so, wie es seitens der Konservativen und National-liberalen geschehen ist, den Gesetzentwurf bestreiten.

Ich könnte Ihnen auch den beliebigen Einwand, die Preise müßten so hoch gehalten werden, weil

**die Leistungen der Arbeiter**

zurückgegangen seien, an einer großen Zahl Beispiele als falsch nachweisen, will Ihnen aber nur von einem der heute ungünstig gestellten Werke, von dem preussisch-fiskalischen Werke Staffurt, mitteilen, daß laut Berichten an den Landtag im Jahre 1889/90 dort auf den Kopf des Bergarbeiters eine Leistung von rund 270 Tonnen im Wert von 3000 Mk., im Jahre 1908 aber eine Leistung von 338 Tonnen und ein Wert von 4900 Mk. entfiel! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine riesige Steigerung der Leistungswerte der Arbeiter! Wenn man dann hört von Seiten der Arbeiter, die die Dinge genau kennen, wie billig sich die Förderkosten für die Kalisalz stellen, wenn man hört, daß sogar Werke vorhanden sein sollen, wo die Förderkosten nur 30,35 Pfennig betragen, während für dieselbe Menge der Verkaufspreis auf das Mehrfache gestellt ist, dann kann man es schon verstehen, warum der vortreffliche Herr Schmidtman nach Amerika für einen Nettopreis von 7,20 Mk. liefern kann, daran noch verdient, während das Kalisyndikat einen Preis von 12 — der andere sagt: 14 — Mark für dieselbe Qualität stellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun komme ich auf

**die Frage der Kaliverwendung.**

Da ist es nun viel zu wenig in der breiten Öffentlichkeit bekannt, daß fast jeder in seinem Haushalt täglich entweder Kali oder Kalifabrikate gebraucht. So wird beispielsweise Soda in der Hauptsache durch ein Verfahren hergestellt, bei dem Chloralkalium die Hauptrolle spielt. Soda gebraucht jede Hausfrau, es ist fast ein alltägliches Reinigungsmittel. Kalifabrikate werden auch zur Seifenfabrikation verwendet. Sie sehen also schon an dem kleinen Hinweis, wie sehr der geringste Arbeiterhaushalt an der Verbilligung dieses wichtigen Naturprodukts, des Kalis, interessiert ist. Dann hängt die Farbstoff-, die Anilinfabrikation usw. mit der Kalilagerung zusammen. Ich will keine Namen nennen. Daraus, daß die Fabrikation der Farbstoffe, die chemische Industrie, in intimer Zusammenhang mit der Kalilagerung steht, ist es zu erklären, daß die Vertreter der chemischen Industrie sich für diesen Entwurf aussprechen (hört, hört! bei den Sozialdemokraten), obgleich auch die Vertreter der chemischen Industrie sonst immer Pöbel und Mordbrot schreien, wenn ein staatliches Eingreifen zu Gunsten der Arbeiter erfolgen soll. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Farbstoffe für die Textilindustrie, die Stoffe, die die Textilindustrie für die Veredelung ihrer Waren braucht, z. B. für die Wäsche, alles das sind Fabrikate, bei denen Kali eine Hauptrolle spielt. Dann die photographischen Präparate, die Salzsäure, die in der Metallindustrie viel gebraucht wird. In der Glasindustrie, zur Herstellung des leicht schmelzbaren Flintglases, wird ebenfalls Kali gebraucht. Sie sehen schon aus dieser kleinen Aufzählung, wie ungemein groß die Verwendung des Kali und der Kalipräparate ist.

**Und nun erst die Landwirtschaft!**

Ich habe vorher erwähnt, daß wir vor Jahren schon den Zusammenbruch der anarcho-syndikalistischen Wirtschaft in der Kalilagerung vorausgesagt haben. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion hat vor sechs Jahren die preussische Regierung auch aufgefordert, sie sollte ihren Einfluß dahin geltend machen, daß für die Landwirtschaft, für die Bauernschaft, möglichst billige Kalipreise gestellt würden. Wer sich etwas mit der Chemie befaßt, weiß, wie notwendig das Kali ist, um den müden Boden zu beleben. Weite Flächen unseres Vaterlandes sind vorhanden, die durch Kalidüngesalze ertragsfähiger gemacht werden könnten. Der Gebrauch des Kalis für die Landwirtschaft ist darnun ein Gebot der Notwendigkeit geworden.

Darum eben, weil wir Sozialdemokraten in der Landwirtschaft, in der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, einen ebenso vornehmen Zweig der gesamten Volkswirtschaft sehen wie in der Industrie, und weil wir insbesondere wissen, daß durch die hohen Preise gerade die kleinen und mittleren Bauern, die, wie z. B. im Kubrial, halb Industriearbeiter und halb Landwirte sind, außerordentlich in dem Verbrauch des Kalis beschränkt sind, verlangen wir im Interesse dieser Leute, daß ihnen zu billig wie nur möglich Kali zur Verfügung gestellt wird. Diese Hilfe für die Bauernschaft werden wir Sozialisten stets gutheißen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Heim und ich, glaube, auch Herr Dr. Rosfickel weisen auf Amerika hin und fragen, ob wir denn Amerika das Kali billiger liefern wollten als dem Inlande. Ich persönlich bin der Meinung, daß, wenn Amerika die Kalilagerung, wie ebenso von den Amerikanern geschritten werden, wie mit dem amerikanischen Petroleum, wir würden von dem amerikanischen Kapital ebenso angetan in der Kaliverwendung, wie wir es in der Petroleumverwendung geworden sind. Deswegen habe ich nichts dagegen einzumenden, wenn gesagt wird — wir wollen zunächst für die Versorgung des Inlandes zu möglichst billigen Preisen sorgen; außerdem können wir Kali als Ausfuhrartikel bei Handelsvertragsverhandlungen günstig vertrieben.

So stehen wir zur Landwirtschaft. Wir wünschen auch, daß die Bundesstaaten viel mehr, als es bis heute geschehen ist, für die schuldigerweise Unterwegung des landwirtschaftlichen Nachschubes in bezug auf die Verwendung von Kali und sonstiger Düngemittel täte. Die wenigen Millionen — es sind meines Wissens nicht mehr als drei bis vier Millionen, die im letzten Staatsjahre in Preußen für landwirtschaftliche Schulen ausbezahlt worden sind — können zehnfach verdoppelt werden; wir hätten nichts dagegen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kann uns nur lieb sein, wenn die Landwirtschaft, die Bauernschaft unterrichtet wird in der Behandlung des Bodens nach den modernsten Methoden. Je mehr wir eigen produzieren, je mehr im eigenen Land erzeugt wird, je mehr wir vom Ausland unabhängig werden, um so besser ist es für uns. Freilich können wir niemals ein vollständiges Handelsstatistikamt sein, und die Zeit kommen, wo die Landwirtschaft einleuchtet, daß die betreffenden

Großgrundbesitzer im Einverständnis mit den Industriellen die Preise der Düngesalze in der Höhe halten, aus Gründen, die mit der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen nichts zu tun haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das behandelt und verlangt das Kontrollrecht für den Reichstag und führt weiter an:

Nun steht fest — Herr Gothein hat die Zahlen angeführt, und sie sind unbestreitbar —, daß

**der Bund der Landwirte**

eine Reihe sehr wertvoller Vergünstigungen vom Kalisyndikat bekommt. Mir wurde gesagt, die landwirtschaftlichen Organisationen erhielten Rabatt in Höhe von 1/10 Millionen Mk. pro Jahr. Fest steht ferner, daß der Bund der Landwirte einen Vertrag mit dem Kalisyndikat geschlossen hat, der einen interessanten Pakt enthält, den ich mir erlauben werde vorzulesen:

Der Bund der Landwirte ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß seine Mitglieder, die zu landwirtschaftlicher Verwendung auf deutschem Boden benötigten Kalisalze aller Art ausschließlich durch das Kalisyndikat entnehmen, wogegen das Kalisyndikat sich zur Lieferung der von den Mitgliedern des Bundes der Landwirte benötigten Kalisalze verpflichtet. Sollten trotzdem Mitglieder des Bundes der Landwirte von nicht dem Kalisyndikat angehörenden Werken Kalisalze kaufen, so sollen solche Mitglieder auf diejenigen Kalimengen, welche sie durch den Bund der Landwirte vom Syndikat bezogen haben, für das betreffende Kalenderjahr keinen Rabatt erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso verpflichtet das Kalisyndikat auf die Bezüge, welche solche Mitglieder bei dem Syndikat bewirkt haben, dem Bund der Landwirte für das betreffende Kalenderjahr keinen Rabatt.

Das ist ein vollständiger Kartellvertrag des Bundes der Landwirte mit dem Kalisyndikat zur Hochhaltung der Preise des Syndikats, und zwar mit der Nebenwirkung, daß durch diesen Vertrag den anderen Bauern und Landwirten, die nicht dem Bunde der Landwirte angehören, die Kalidüngesalze teurer bezahlen müssen. Auf diese Weise ist das Kalisyndikat durch seine Manipulationen ein Agitator für den Bund der Landwirte, und

**der Bund der Landwirte hilft dem Syndikat die Preise hochhalten**

zum Schaden der Landwirtschaft. Deswegen braucht man sich nicht zu wundern, nachdem der Vertrag, wie man liest, abermals vom preussischen Herrn Minister genehmigt ist, daß Herr Dr. Rosfickel, der ja dem Bund der Landwirte, soweit ich weiß, nicht ganz fernsteht, sich für die Betriebsgemeinschaft, die nach den eigenen Worten des Herrn Staatsministers Sydow nichts anderes ist, als das Syndikat, erwärmt. Das ist unabweislich eine Schändung der Bauernschaft!

Meine Herren, das betrifft die direkten Bezüge des Bundes der Landwirte vom Syndikat. Aber — und das ist vom Herrn Abgeordneten Gothein aus Gründen, die ich nicht zu kontrollieren habe, nicht genügend ausgeführt worden — es liegt noch ein anderer Grund vor. Das ist die Tatsache, die auch Herr Dr. Rosfickel nicht bestritten hat, daß der Bund der Landwirte als solcher sich an der Kalilagerung als Unternehmer beteiligt! Das nimmt ihn keiner übel, keiner wird dagegen etwas sagen; denn Sie können mit Ihrem Gelde machen, was Sie wollen. Und daß Sie mit dem Kalisyndikat Verträge abgeschlossen haben, denen zufolge Sie hohe Rabatte bekommen, kann Ihnen von Ihrem Standpunkt aus keiner verbieten. Wir verlangen nur, daß allen Bauern dieselben Vorzugspreise gewährt werden. Wir verlangen nur gleiches Recht!

Dann möchte ich ferner Herrn Rosfickel sagen: In Anbetracht seiner Arbeiterfreundlichkeit und seines Verständnisses für Sozialpolitik wird ihn interessieren, daß

**auf dem Wert des Bundes der Landwirte Mißstände aller Art**

herrschen. Vor wenigen Tagen ist dort ein schweres Unglück passiert. Es sind acht Leute abgestürzt und davon sind vier ziemlich schwer verletzt, und einer ist sehr schwer verletzt. Sehr verbesserungsfähig sind die Zustände auf dem Wert des Bundes der Landwirte, für welche ich Herrn Rosfickel, der im Aufsichtsrat des Werkes sitzt, auch verantwortlich machen muß. Wir werden später noch andere interessante Details mitteilen können. Arbeiter sagen hier: Wir sind aber in dem Werke des Bundes der Landwirte geradezu in eine Saubube geraten!

Ungeachtet dieser Verhältnisse tritt an den Reichstag die Frage heran: **Sollen wir die Hand dazu bieten, daß in einer Industrie, die geradezu riesige Dividenden abwirft, und die infolge der nun einmal dem Menschen anhaftenden Sucht nach mehr Gewinn sich in eine Anarchie hinein-gearbeitet hat, die Bereicherung der Reichen weiter besteht?** Müssen wir diesem anarcho-syndikalistischen Zustand nicht ein Ende machen, indem wir von Gesetzes wegen der Gemeinschaft den Nutzen sichern?

Die Angelegenheit hat aber auch noch eine andere Seite. Ich muß darauf kommen, weil die Frage nach der Wahrung der berechtigten Interessen der Industriebeteiligten aufgeworfen ist. Es kann ja kaum ein Redner, welcher bürgerlichen Partei er auch angehört mag, auf die Parlamentstribüne treten, ohne daß er nicht vom

**„Terrorismus der Sozialdemokratie“**

spricht. So hat auch der Herr Abgeordnete Gerold, von dem ich das nicht erwartet habe, deshalb, weil er, wie ich, Weiffale ist, und weiß, daß wir nicht zartfühlend sind, bei der Beratung der sogenannten Wahlrechtsvorlage im Landtag vom „Terrorismus der Sozialdemokratie“ gesprochen. Und wie sprechen die Herren vom Bundesratsrat davon? Auch an Herrn Dr. Urendt erinnere ich. Was hat er uns nicht für SchauerGemälde an die Wand gemalt von den Zuständen in Mansfelder Gebiet, auch Herrn Dr. Fleischer nicht zu vergessen! Es ging einem heiß und kalt über die Haut, wenn man sich vorstellte, wie in Mansfeld die heiligsten Güter der Streikbrecher in Gefahr gewesen sein sollen. Die höchste Zeit sei es gewesen, daß Militär mit Maschinengewehren heranfanke. Deswegen, meine Herren, weil hier immer über „Terrorismus“ der Arbeiter gemurmelt wird, haben wir ein Recht, aufzudecken, **wie unter der Führung des preussischen Fiskus ein unerhörter Terrorismus in der Kalilagerung** ausgeübt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir schreiben deswegen nicht nach dem Staatsanwalt. Ach nein, so staats-anwaltschaftsüchtig sind wir nicht. Wir wollen nur, daß gleiches Recht für die Armen wie für die Reichen gilt. Wir wollen nur, daß, wenn die Arbeiter im Drange ihrer Not, im Drange ihrer Empörung auf die Straße gehen — sie können sich nicht im Hotel Adlon vereinbaren, dafür sind sie zu viele —, wenn sie für ihr Recht demonstrieren, bei Streiks auf die Straße gehen, um zu sehen, was für Leute sich zum Streikbruch bereit finden; wir verlangen, daß ihnen gegenüber dann dieselbe Toleranz geübt wird, wie man sie gegenüber den Kalilagerern unter Führung des Fiskus ausübt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die seit Jahren alles getan haben, um Dutzender (Nichtsyndikatsmitglieder), wenn sie sich dem Syndikat, d. h. der Organisation, nicht anschließen wollen, in Grund und Boden zu ruinieren. (Hört, hört! bei den Soz.)

Meine Herren, ich möchte vorberemiten: ich habe keine Sympathie für Herrn Schmidtman. Im Gegenteil, ich habe eine intuitive Abneigung gegen alle Personen, die, nachdem sie einmal eine bestimmten Berufsgruppe angehören, aus der Reize tanzen. Ich habe mehr Respekt vor den Angehörigen eines Berufes, die sich organisiert haben und versuchen, mit Hilfe dieser Organisation ihre Lage zu verbessern, wenn wir uns deswegen auch einmal scharf gegenüberstellen. Aber für solche Leute, die eine durch die Organisation geschaffene künstliche Situation zu Privatrechtsverhältnissen für ihre Ruinierung anzulegen, habe ich nun mal keine Sympathie. Da denken wir immer an die

Streikbrecher, mit denen wir zu tun haben, wir denken immer an die Eigenbrötler, die wir nicht in die Organisation hineinbekommen. Ich wünsche mir, daß die Regierung uns auch so wie die Industriellen unterstützt, damit wir alle Bergarbeiter in den Bergarbeiterverband hineinbekommen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Meine Herren, was ist geschehen? Das Kalisyndikat hat eine Geschichte, die von vorn bis hinten, möchte ich sagen, von terroristischen Taten vollgeschrieben ist. Schon im Jahre 1884, glaube ich, hat der bereits genannte Abgeordnete Schulz-Bupig im preussischen Landtag erwähnt, daß, als damals Wilhelmshaus in Förderung trat, es den Karvallit für 68 Pfg. ausbot. Es war dem damaligen Syndikat nicht angefallen. Zu 68 Pfg. bot das Wert den Karvallit aus, der Syndikatspreis stand auf 90 Pfg. Schnell setzte das Syndikat den Kampfpfeils auf 60 Pfg. fest, also noch um 9 Pfg. niedriger als Wilhelmshaus (hört, hört! bei den Soz.) und zwang dadurch diese Gesellschaft, dem Syndikat beizutreten. Meine Herren, das geschah unter Führung des preussischen Fiskus, dessen Vertreter sich oft heulmeiernd hinustellen und ein Jammerlied über den „Terrorismus“ der Arbeiter vorsingen.

Weiter, meine Herren, die Schynobohrgesellschaft des Kalisyndikats, die schon vom Herrn Abg. Gothein berührt worden ist, hat jahrelang immer dort Bohrungen angelegt, wenn private Unternehmer beinahe sündig wurden, oder bestrafte wurde, daß sie sündig wurden, hat also diese Unternehmer in ihrem Erwerb geschädigt. Schon seit Jahren haben die Kaliverke, auch die Schmidtmannschen, riesige Ueberchußsummen in Reserve, nur in Reserve, um bei gelegener Zeit — Herr Abg. Heim hat einen solchen Fall angeführt — Kampfpfeils um 40, 50, 60 Prozent niedriger zu stellen als die gewöhnlichen Preise, damit der best-reffende Dutzender seitens der Organisation gezwungen würde, in das Syndikat einzutreten oder ruiniert ist. **Für diesen Terrorismus werden in den Kaliverken Ueberchußsummen angehäuft.** Es ist also geradezu ein Fonds für Terrorismus, der dort vorhanden ist, unter den Augen des Fiskus, der preussischen Staatsregierung. Denn Herr Oberberggrat Waxmann, der als Vertreter des Bundesrats heute hier ist, ist ja Vorsitzender des Syndikats bezw. aufsichts-führender Vorsitzender. Und der Herr v. Velsen, der vorher sich auch vorgestellt hat und sich wunderte, daß der Herr Abg. Gothein über Reichsberggesetzgebung usw. gesprochen hat, wird das auch bestätigen können. Herr v. Velsen ist auch nicht unbekannt, was in den letzten Monaten passiert ist.

In den letzten Monaten hat man alles getan, um den so viel genannten Herrn Schmidtman in der öffentlichen Meinung möglichst zu verunglimpfen. Wenn das von Arbeitern geschieht, nennt man es Verurteilung, und schnell ist der Staatsanwalt da. Es ist gesagt worden: Ja der Mann hat vertragswidrig verkauft außerhalb des Syndikats zu diesem billigen Preis. Meine Meinung darüber habe ich vorher schon gesagt. Aber, meine Herren, haben denn die Werke Rosfickel, Salzdetfurth, Westeregeln und Thuringen etwas anderes getan? Sie haben ebenfalls solche anarcho-syndikalistischen Verkäufe abgeschlossen mit dem Werk „Einigkeit“, dem bekannnten amerikanischen Unternehmen. Was geschah da? Das Syndikat hat nach authentischen, wenigstens höher meines Wissens nicht wider-sprochenen Mitteilungen diese Werke wissen lassen, sie sollten den Vertrag mit „Einigkeit“ brechen, alle daraus entstehenden Unkosten oder Schadener-lahmsummen zweifelsfrei Art würde das Syndikat decken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich betone ausdrücklich: Der Vertreter des preussischen Fiskus weiß von allem diesem und macht das alles mit (hört! hört! bei den Soz.), fordert also förmlich zum Kontraktbruch auf (hört! hört! bei den Soz.), derselbe Regierungsvertreter, der uns ein heulmeierliches Lied vorsingt, wer weiß wie oft, vom Kontraktbruch der Arbeiter!

Meine Herren, weiter! Die „Vossische Zeitung“ hat ebenfalls unwiderprochen — ich habe die Dinge ziemlich genau verfolgt — am 24. Dezember 1909 konstatiert, daß in der vielberühmten und berühmten Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli der Vertreter des Handelsministers erklärt hat, daß, wenn das Syndikat nicht zustande käme bis Ende Juni, dann der Fiskus sofort mit anarcho-syndikalistischen Verkäufen vorgehen werde. Das hat uns der Herr Vertreter der Regierung Oberberggrat v. Velsen eben bestätigt; mit anderen Worten, Herr Oberberg-grat v. Velsen, Vertreter der Regierung, hat uns bestätigt, daß die preussische Regierung, der preussische Fiskus, den Kontraktbruch — um diesen handelt es sich — unter Umständen als ein legales Mittel an-sieht. Das werden wir uns merken, Herr v. Velsen! Wie anders war es 1905, als man sich entsetzte über den Kontraktbruch der Berg-arbeiter und mit massenhaften Maßregeln drohte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Herren, damit nicht genug. Das allerstärkste, was geschehen ist in bezug auf Terrorismus, meldete triumphierend der „Börser-Courier“, ein Syndikatfreundliches Blatt, am 12. November 1909. Gestatten Sie mir, trotz der vorgerückten Stunde, Ihnen dies vorzu-tragen, um Ihnen zu zeigen, **was für eine Menge von Heuchelei** dazu gehört, uns hier, uns Arbeitervertretern, wenn einmal ein rauhes Wort fällt, oder wenn unsere Leute auf der Straße sind — ich sage noch einmal: im Hotel Adlon können die Arbeiter nicht zusammen-kommen, dazu sind sie zu arm, dazu reicht auch der Platz nicht —, ich sage: was für eine Portion Heuchelei dazu gehört, uns ein Lied vom Terrorismus vorsingen, uns zu sagen, es müßte ein Gesetz geschaffen werden, diese Beuntrechtigung und Schädigung berechtigter Interessen hintanzuhalten, — ich sage: was für eine Portion Heuchelei dazu gehört, das zu machen, nachdem man folgendes selbst fertig gebracht hat. Der „Börser-Courier“ schrieb triumphierend am 12. November 1909:

„Kampfmahnahme des Kalisyndikats gegen Aufseher.“  
Wie mir erfahren, hat das Kalisyndikat einen erfolgreichen Schlag in die Schmidtmanngruppe infolgedessen geführt, als es dem Kalisyndikat gelungen ist, die Elberladerlagerung für die Schmidtmannlieferung zu sperren. (Hört! hört! bei den Soz.) Eine Versammlung auf der Weser kann für Aufseherleben und Soldatetwegen ihrer Unzulänglichkeit nicht in Frage kommen. Der Eisenbahntransport nach Hamburg (— für die Amerikalieferungen —) wird aber erstens erheblich teurer, zweitens aber auch in bezug auf die Schwierigkeit der Wagenstellung (hört! hört! bei den Soz.) für Aufseherleben und Soldatetwegen nachteilig sein. (Hört! hört! bei den Soz.)

Meine Herren, ich wünsche nicht, daß unsere Bergarbeiter, wenn wir in den uns aufgezwungenen Kampf eintreten sollten, so terroristisch vorgehen, denn das ist doch ein bißchen stark. Ich bin sehr gespannt, was der Vertreter der Regierung dazu sagen wird, ob das zu seiner Kenntnis gekommen ist. (Zuruf.) — Mein Kollege Ledebour meint, er würde im preussischen Landtag antworten; ach, nein, er ist jetzt hier, wir werden ihn auch in die Kommission bekommen, er kommt schon wieder. — Es soll mich wundern, was der Vertreter der Regierung dann sagen wird über diese mit Mitteln des Staates vollzogene Terroris-ierung und schwere Schädigung eines Mannes, der auf demselben Wege, den der Fiskus beschreiten wollte und den andere beschritten hatten, seine Geschäfte machen wollte. Meins Herren, eine Interessen-schädigung bössartiger Art ist hier vollzogen worden. Welche den Arbeitern, sage ich, die eben so vorgehen würden!

**Seute stehen eine ganze Reihe von Kameraden, die im Mansfelder Streik gestanden haben, in Halle in einem Schwurgerichtsprozeß; bitte, lesen Sie die Schwur-gerichtsverhandlungen! Sie werden sich überzeugen, wenn man den Grad der Bildung, die Mittel, die den Leuten zur Verfügung stehen, in Betracht zieht und abwägt, was die armen Teufel in Mansfeld getan haben, um ihre Lebenslage zu verbessern, und es ver-gleicht mit dem, was die Herren, die sich im Hotel Adlon oder in Veranstellung immer des preussischen Handelsministers vereinigt hatten, gegen einen Konturen-**

gefallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir schreiben deswegen nicht nach dem Staatsanwalt. Ach nein, so staats-anwaltschaftsüchtig sind wir nicht. Wir wollen nur, daß gleiches Recht für die Armen wie für die Reichen gilt. Wir wollen nur, daß, wenn die Arbeiter im Drange ihrer Not, im Drange ihrer Empörung auf die Straße gehen — sie können sich nicht im Hotel Adlon vereinbaren, dafür sind sie zu viele —, wenn sie für ihr Recht demonstrieren, bei Streiks auf die Straße gehen, um zu sehen, was für Leute sich zum Streikbruch bereit finden; wir verlangen, daß ihnen gegenüber dann dieselbe Toleranz geübt wird, wie man sie gegenüber den Kalilagerern unter Führung des Fiskus ausübt (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die seit Jahren alles getan haben, um Dutzender (Nichtsyndikatsmitglieder), wenn sie sich dem Syndikat, d. h. der Organisation, nicht anschließen wollen, in Grund und Boden zu ruinieren. (Hört, hört! bei den Soz.)

unternehmer gemacht haben, dann wird man um so besser wardigen können, was es zu bedeuten hat, wenn das Schwurgericht in Halle zur Verurteilung dieser armen Teufel kommen sollte. Das wäre eine Charakterisierung des Klassenstaates, wie sie nicht treffender gedacht werden könnte.

Ich wiederhole, wir werden alles, was wir erfahren haben, verwerten und werden abwarten, bis einer der Vertreter der Regierung wieder einmal auftritt und von dem Terrorismus der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften usw. spricht. — Wir werden dann die nötige Antwort geben. Meine Herren,

**wenn die Arbeiter sich ihrer Haut wehren gegen Streikbrecher**

— die Herren vom Syndikat sehen ja doch Herrn Schmidtman als gewissermaßen auch als Streikbrecher an —, wenn sie auf die Straße gehen und sich die Leute einmal ansehen, die ihnen in den Ritzen fallen, oder es kommt ein Pfuscher oder dergleichen, dann werden, wie in Mansfeld, die Militarcolonnen, die wir mit unseren Grochen bezahlen müssen, Leute, die Väter, Brüder und Schwestern unter der Menge haben, mit geladenem Gewehr hingeschickt, um eventuell Matter und Mütter zu erschiesen. Das war den freiorganisierten Arbeitern in Mansfeld zugebracht, und mit den christlich-organisierten Arbeitern in Reichenfeld war es daselbe. Dort schleppte man italienische Streikbrecher hin, und als die Leute sich dagegen emporhten, da kam nicht ein Regierungsvertreter und sorgte dafür, daß die Arbeiter zu ihrem Recht kamen, nein Militär schickte man hin, man hat alles getan, um die Leute zu zeigen, man hat eine ganze Anzahl der christlich-organisierten Arbeiter auf die Anklagebank gebracht und zu schweren Strafen verurteilt, nachdem man sie durch die Art, wie sie gereizt werden, schuldig gemacht hatte.

Sie werden zugeben, meine Herren, daß dieser Gesetzentwurf eine ganz vortreffliche Fundgrube für uns ist; daß er eine vortreffliche Fundgrube ist zur Beurteilung der Wirtschaft, die heute vom Fiskus im Verein mit Privatkapitalisten gemacht wird. Herr Gothein hatte ganz recht, wenn er die Angelegenheit der Fibernia heraufzog, und er hätte noch hinzusetzen können, daß der Fiskus ebenso über das Ohr gehalten ist bei dem Ankauf der Kohlenfelder bei Gladbeck und namentlich bei dem Ankauf von Hercynia. Ob das, wenn das Syndikat nicht bestanden hätte, billiger geworden wäre, bezweifle ich. Der preussische Fiskus hat eine eigenartige Hand bei solchen Aktionen. Es ist merkwürdig, Herr Oberbergauptmann v. Welsen! Wenn ein Projekt zwecks Verstaatlichung oder Ankauf von Werken im preussischen Handelsministerium ausgeheckt wird, dann scheint außerhalb des preussischen Handelsministeriums niemand etwas davon zu wissen, aber aus dem Brieftasche merkt man an dem langsamen und immer stärker werdenden Steigen der Kurse, daß etwas vorgeht. Lesen Sie doch einmal, was der Landtagsabgeordnete Franzen-Gelsenkirchen veröffentlicht hat im „Tag“! Hohnend hat er dem Fiskus mitgeteilt, daß er mit schlechten Kohlenfeldern in Westfalen angeschminkt sei. Lesen Sie den Kurzettel, und Sie können sicher sein: sobald eine starke Anschwellung der Kurse sich vollzieht, ist irgend etwas vom Fiskus im Gange. Woher kommt es, daß die Kapitalisten oft ganz genau wissen, was im Handelsministerium projektiert wird? Früher haben wir es nicht gewußt; nachdem wir aber das Protokoll der Verschwörer vom Palasthotel in die Hände bekommen haben, wissen wir, wie es kommt. Da hat der Herr Generaldirektor Uthmann höhnend gesagt:

„Ach, was da vorgeht, das kennen wir schon; ich habe ja selber schon bei der Firma gearbeitet!“

In dieser Palasthotelkonferenz ist deutlich zutage getreten, daß die engsten Fäden zwischen dem Handelsministerium bezw. dem Ressort des Herrn Oberbergauptmanns v. Welsen und den drauenstehenden kapitalistischen Kreisen hin- und hergehen. Woher kommt das eigentlich? Ich will niemanden zu nahe treten, aber ich glaube, die Verschrift der alten Bergordnungen, wonach Bergbeamte in keinerlei direkter oder indirekter Weise an den Hütten- und Grubenvertragen interessiert sein durften, wäre auch heute noch sehr am Platze. Sehen Sie sich die Listen der Aktionäre, der Aufsichtsräte an, da finden Sie einen ganzen Schwarm von höheren, mittleren und unteren Bergbeamten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Zwischenruf vom Bundesratsstich.) — Gut, ich will zugeben, daß niemand mehr im Staatsdienste steht.

Ich erinnere daran, daß einer der höchsten früheren Bergbeamten Preussens, Herr Furk, ein hervorragender Interessent an der Kaliindustrie ist. Glauben Sie, daß wir Kinder sind und nicht wissen, daß gewisse verwandtschaftliche Verhältnisse dahin geführt haben, daß einer der hervorragenden preussischen Bergwerksbeamten in persönlichen Beziehungen zu einem Beamten des Bergbaulichen Vereins im Ruhrgebiet stand? Woher kommt es eigentlich, daß die Unterneher, sobald sie einen großen Zug vorhaben — ich erinnere an den Stahlwerksverband —, sich

**einen höheren Regierungsbeamten für eine Zeilang „taufen“**

für ein Gehalt von Hunderttausenden von Mark? Also, meine Herren, Oberbergauptleute, Bergauptleute, Oberberggrabe, Bergaffessoren sitzen scharenweise in den Aufsichtsräten, und wenn auch diese Herren nicht mehr im Staatsdienst stehen, so doch ihre Väter, Brüder, Vettern, Nichten usw. Die Sache ist so weit gediehen, daß selbst in den christlichen nationalen Arbeiterkreisen zur Bergeshofe infolge des erwähnten intimen Verwandtschaftsverhältnisses kein Vertrauen mehr herrscht. Es ist deshalb notwendig, daß diese verwandtschaftlichen Beziehungen aufgedeckt werden vor dem ganzen Volke, um die Fiktion zu zerstören, als wenn wir von der Regierung ein Gesetz zu erwarten hätten, daß das Interessen der Arbeiter gerecht würde. Eine Verwandtschaftspolitik, wie sie in Preussen auf dem Gebiete der Montanindustrie getrieben wird, ist mit den Interessen der Gesamtheit unvereinbar, und deshalb wird wir der Ansicht, daß überhaupt der privatkapitalistischen Ausbeutung unserer nationalen Bodenschätze ein Kiesel vorgeworfen werden muß.

**Wer hat denn ein Verdienst daran, daß die wertvollsten Bodenschätze, die Kalifalze, die Kohlen, Erze usw. im Boden liegen?**

Doch nicht eine Klasse von Kapitalisten, von Spekulanten, deren Ausbeutung jetzt zu der Anarchie in der Kaliindustrie geführt hat! Sondern die Natur hat den Schatz der ganzen Nation geschenkt. Die Spekulation kann nicht unterbunden werden durch dies Gesetz, sondern nur durch die Bergwerksverstaatlichung. Wir Sozialdemokraten erheben darum die Forderung, daß unsere nationalen Bodenschätze auch für die Nation verwendet werden, daß das, was uns Mutter Natur geschenkt hat, nicht an eine Gruppe von Spekulanten und Leuten fällt, die uns jetzt wieder zumuten, noch ihre Riesenerfolge zu stabilisieren!

Die preussische Regierung hat selbst eingesehen, daß

**Die Bergbaufreiheit**

eingeschränkt wird, wie das eine ganze Anzahl ihrer Vorlagen in den letzten Jahren zeigen. Wo solche Zustände sich entwickelt haben, da sollten wir nicht den Zeitpunkt verpassen, wo die Bergbaufreiheit einfach nur noch eine Fiktion ist, die Genussung unserer nationalen Bodenschätze ein Privilegium einer kleinen Handvoll reich gebliebenen Leuten geworden ist — da sollten wir nicht die Hand dazu bieten, den Zustand noch zu verlangen und zu verewigen! Das könnten wir vor dem Volke branfen nicht verantworten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das hat auch nicht nur der preussische Staat allein eingesehen. Die bayerische Regierung hat dem Landtage im Jahre 1907 auch einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Salz- und Kaligewinnung dem

Staat vorbehalten. In diesem Gesetzentwurf heißt es ausdrücklich, kapitalistische Unterneher hätten sich in einem sehr ausgebeuteten Umfang in den Besitz von Grubenfeldern — also auch in Bayern! — gesetzt und diese zu einem Gegenstande der Spekulation gemacht, die zu einer die Allgemeinheit schädigenden Verteuerung der Produkte geführt habe. Der bayerische Landtag hat dieses Gesetz mit 122 gegen 10 Stimmen angenommen — der Reichsrat hat ihn abgelehnt — ein Beweis dafür, wie der Gebaute der Beschränkung der privatkapitalistischen Bergbauausbeutung in den Reichen des Volkes und auch der bürgerlichen Parlamentarier Wurzel geschlagen hat. In Anhalt ist im Jahre 1888, dann 1906, in Braunschweig, in Meiningen, in Gotha 1894, in Würtemberg 1906, in Hessen und Bremen ebenfalls 1906, in Hamburg, Waldeck, Westfalen-Sireli und im Königreich Sachsen 1907 das Berggesetz dahin geändert worden, daß eine privatkapitalistische Ausbeutung der Steinhalze und Kalifalze so viel als möglich eingeschränkt ist, und die Bergbaufreiheit im alten Sinne aufgehoben wurde.

Nicht nur so bei uns! In Oesterreich hat die Regierung zu dem Gesetzentwurf, der voriges Jahr dem Reichsrat vorgelegt worden ist, ohne weiteres in der Begründung ausgesprochen:

„Die Bergbaufreiheit hat für den Kohlenbergbau ihre Aufgabe erfüllt. Sie ist hier ubersussig, ja volkwirtschaftlich bedenklich geworden (hört! hört! bei den Soz.), und dem Staate als dem Halter des Gemeinwohls erwächst (sonach) die Pflicht, die Freiheit der Verfertigung über den Mineralboden wieder an sich zu bringen. (Hört! hört! bei den Soz.)“

Meine Herren, in dem wilden Oesterreich geschieht das! Diese Begründung ist so sozialistisch, daß man auf den Gedanken kommen könnte, einer von unseren oesterreichischen Parteigenossen hätte sie geschrieben. Lesen Sie einmal die Begründung im Wortlaut durch; Sie werden staunen, wie die Erkenntnis in Oesterreich sich Bahn gebrochen hat: Mit der privatkapitalistischen Ausbeutung unserer Bodenschätze kann es nicht so weiter gehen.

In Holland ist man schon weiter gegangen. Zuerst hat man in Holland die Bergbaufreiheit auf 6 Jahre aufgehoben. Dann hat man dort im Jahre 1909 durch ein Gesetz erklärt: Es wird überhaupt nichts mehr an Private vergeben, keine Kohle und kein Salz. (Hört! hört! bei den Soz.); der Staat behält sich den Abbau aller dieser Mineralien vor.

Sie wissen ja aus den Handelsvertragsverhandlungen, die wir hier bezuglich Schwedens hatten, daß in Schweden die Regierung durch einen Vertrag mit der Erabbauergesellschaft von Kirunawara usw. in einer gewissen Anzahl von Jahren in den Besitz dieser Erzfelder gelangt, also dort eine Verstaatlichung der Erzfelder vor sich geht.

Nachdem sich solche Vorgänge abgespielt haben, nachdem schon die bedeutendsten Bundesstaaten in Deutschland zu der teilweise Verstaatlichung, nur noch nicht zu der Ausbeutung der Mineralien im nationalen Interesse, geschritten sind, ist es eine starke Zumutung, uns einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das gerade Gegenteil will, nämlich die Monopolisierung einer Anzahl von Privatunterneherneigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir erheben gerade angesichts dieser Vorgänge und angesichts der Erfahrungen, die mit der Verwaltung der Bodenschätze durch die privatkapitalistische Ausbeutung gemacht worden sind, angesichts dieser Vorgänge mit allem Nachdruck die Forderung:

**was dem Volke gehört, soll auch für das Volk ausgenutzt werden!**

Damit erklären wir, daß wir diesem Gesetzentwurf so, wie er heute vorliegt, unmöglich unsere Zustimmung geben können, daß wir eine Aenderung der Wirtschaftsweise zundast auf dem Gebiete der Kaliindustrie durch eine zeitgemäße Aenderung der Gesetzgebung vornehmen müssen. Es gibt uns dieser Gesetzentwurf die Handhabe dazu. Wir verlangen, daß der Staat, die Repräsentanz der Gemeinschaft, die Ausnutzung der Bodenschätze übernimmt. Dann hört die Ausnutzung der Landwirtschaft, der Industrie durch eine Handvoll Monopolisten auf.

Meine Herren, ich fasse die Sache der Bergwerksverstaatlichung als keine Doktorfrage auf. Sie muß verwirklicht werden. Wir reden hier nicht um Kaisers Bart, sondern ich bin der Überzeugung, daß in den weitesten Kreisen des Volkes der Gedanke der Grubenverstaatlichung immer mehr und mehr Anhang findet. So nannte ich schon die „Deutsche Tageszeitung“, die am 7. März 1906 die Verstaatlichung des Kalbergbaues, „wenigstens der noch nicht in Förderung getretenen Kalilager“ befwortete.

Meine Herren, es wird nun gesagt werden von den Herren, die sich mit dem Verstaatlichungsgedanken befaftigen: sie ist nicht möglich, da werden zu viele Entschädigungen zu bezahlen sein, wir laden uns eine unerträgliche Schuldenlast auf usw. Meine Herren, darauf gehe ich jetzt nicht näher ein; in der Kommission wird sich bei den entsprechenden Anträgen Gelegenheit dazu finden. Nur das eine möchte ich sagen: wir haben auch auf dem Gebiete schon Vorbilder. In dem Bremischen Gesetz vom Jahre 1906, den Bergbau betreffend, heißt es klipp und klar:

„Den Grundeigentümern steht hinsichtlich des Ausschusses ihres Verfertigungsrechtes über Mineralien keine Vergütung zu.“

In der Mecklenburg-Sirelischen Verordnung, die mit der Zustimmung der „getretenen Stände“ des bekanntlich sehr konstitutionellen Landes vom Großherzog im Jahre 1907 erlassen worden ist, heißt es:

„Insoweit durch dieses Gesetz in Privatrechte eingegriffen wird, wird dafür eine Entschädigung nicht gezahlt. (Hört! hört! bei den Soz.)“

Meine Herren, Sie sehen, die Entschädigungsfrage ist für uns, wenigstens nach diesen Vorbildern, gelöst, und sie ist uns so wehr gelöst, da bei der Beratung des preussischen Gesetzes von 1907 der Abgeordnete Dr. Volk von den Nationalen Liberalen mit aller Deutlichkeit ausgesprochen hat, man hätte sich in der betreffenden Unterkommission dahin geeinigt: Sofern Entschädigungsansprüche — es handelt sich da um die Solquellen — erhoben würden, könnten sie nur gerichtet sein auf Erfattung der baren Auslagen und eventuell sonst entgangene Verdienste, weil andere Verfahren verurteilt würden; aber für etwa entgangene zukunftige Gewinne würde nichts entschädigt werden.

Meine Herren, das ist die Grundlage, auf der wir weiterbauen wollen und können. Ich bin sicher, dieser Reichstag würde trotz der Finanzreform in der Achtung des Volkes um ein erhebliches steigen, wenn er kein Schluß seiner Tagung dem Volke sagen könnte: Wir haben dir mundstand das eine beschert, nämlich dich beschitzt vor der Verwandlung eines so wertvollen nationalen Bodenschatzes, wie es das Kalifalz ist. Die heutigen Zustände sind ein schwerer Schaden für das Gemeinwohl. Die Unterneher rufen die Gesetzgebung an. Wir haben uns zu entscheiden, ob wir uns für die Unterneher oder für das Gemeinwohl aussprechen. Da hält ich es mit dem, was in seinem sehr lesenswerten Buche „Kapital und Arbeit“ der verehrte Herr Kollege Dr. Hize schrieb und zwar in der ersten Ausgabe:

„Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die Arbeitsmittel unbenutzt liegen, und die Arbeiter hungern und mugig sind.“ Das ist offenbar ein ungesundetes Verhältnis, das heißt, das Verhältnis von Arbeit und Kapital auf den Kopf stellen. Wenn das unsere Gesellschaft nicht ändern kann, dann ist sie wertlos, daß sie sich zugrunde geht.“ (Hört! hört! bei den Soz.) In Zeiten des Aufstieges zu viel Kapital und zu wenig Arbeit, in den Zeiten des Niederganges zu wenig Kapital und zu viel Arbeit. Es muß ein Ausgleich möglich sein, und wenn kein anderer gefunden wird, müssen wir den Sozialismus akzeptieren. (Hört! hört! bei den Soz.): Ausgleich durch die ordnende Staatsgewalt.“

**Ordnen Sie die anarchischen Zustände in der Kaliindustrie**

durch ein Eingreifen der Gesetzgebung zugunsten der Allgemeinheit überlassen Sie nicht nach dem Willen des Entwurfs die Ausbeutung dieses nationalen Bodenschatzes einer Handvoll Kapitalisten — es ist nur eine Handvoll —, sondern sichern Sie unseren Nachkommen diesen unersehlichen Schatz! Sie werden es gebotene Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne unseren Nachkommen die vielleicht unter noch schwierigeren Verhältnissen ihre Nahrungsmittel gewinnen müssen, das zu sichern, was uns Mutter Natur gegeben hat. Dieser Gesetzentwurf will den Staatssozialismus für die Millionäre. Wenn Sie diesen Gesetzentwurf und seine Tendenz billigen, dann wollen Sie die Bereicherung der Millionäre, dann wollen Sie die Staatssozialismus für Millionäre. Wir aber wollen den Sozialismus für das Volk. Und wir sind der festen Überzeugung, daß trotz alledem, wenn nicht von diesem Reichstag, dann von einem vollständigen, den nach den Erfahrungen, die es mit diesem Reichstag gemacht hat, von Volke gewählt ist, unsere Aufgabe durchgeführt werden wird, nämlich die nationalen Bodenschätze der Nation zu sichern. Wollen Sie den Sozialismus für die Millionäre — gut, dann tragen Sie die Verantwortung! Wollen Sie ihn nicht, dann stimmen Sie den von uns zu machenden Vorschlägen zu! Sie bedeuten den Sozialismus für das Volk! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die mehr als zweistündige Guesche Rede, die wir selber auch nur auszugsweise hier wiedergeben können, hinterliet einen tiefen Eindruck. Dennoch, kapitalistische Interessen stehen höher als Volksinteressen! Der preussische Oberbergauptmann v. Welsen, der nach Hize sprach, nahm sich nicht die Mue, die Feststellungen Guesche zu entkräften. Er mußte zugeben, daß ein gewisser Zusammenhang zwischen Privatindustrie und Staatsbetrieb besteht. Nur sollen sie nicht in unzulässiger Weise, wie man zu sagen pflegt, „unter einer Decke stecken.“

**Die Abgeordneten Oppersdorf, Dr. Meyer, von Dannenberg erklären auf die von Hize angeregte Frage, daß sie mit den Kaliinteressenten in dieser Konferenz nur Informationen ausgetauscht hätten. Damit endeten die Verhandlungen am 14. Februar. Am 16. Februar wurde die Debatte fortgesetzt. Es nahm das Wort zundast**

Dr. Wicklin (Sl.): In Elb-Rothringen ist vor kurzem ein Kalifalzlager in einer Ausdehnung von nicht weniger als 225 Quadratkilometer entdeckt worden, welches in seiner Mächtigkeit den Bedarf nicht nur der Reichslager, sondern auch Südwestdeutschlands auf lange hinaus decken wird. Es haben sich zur Ausbeutung Gewerkschaften gebildet. Aber auch die Gemeinden und der Staat sind sehr daran interessiert, daß die Allgemeinheit von dieser Ausbeutung keinen Schaden davonträgt. Die Verstaatlichung des Kalibergbaues haben wir abgelehnt, weil der Staat die Produktion nicht so betreiben kann, daß die Allgemeinheit und die Beteiligten davon einen Vorteil hätten. Wir haben aber die berggesetzlichen Bestimmungen geändert und eine Abgabe von 1% an den Staat festgesetzt. Diesen Verhältnissen gegenüber hat in den Reichslager der ursprüngliche preussische Antrag an den Bundesrat die lebhafteste Deutlichung hervorgerufen, und die Regierung wurde ersucht, alles aufzubieten, damit er im Bundesrat abgelehnt würde. Das ist ja glücklicherweise auch geschehen; aber die neue Vorlage, die mir bekommen haben, enthält so viel andere Gebrechen und Fehler, daß wir auch sie ablehnen werden. Wir werden für ein Gesetz zu haben sein, welches den Preis dieses Düngemittels möglichst niedrig hält, für ein Gesetz, welches den nationalen Bodenschatz wirklich für die Allgemeinheit ausnutzen will. Das beste Mittel, uns vor einer unberechtigten Ausfur zu schützen, wäre die Einfuhrung eines Ausfurszollens; dann hat auch zugleich das Reich den Vorteil, nicht die Produzenten, wie bis jetzt. Wir werden gegen ein Gesetz stimmen, welches die Produzenten auf Kosten der Allgemeinheit begunfigt, und weil es unsere elstandigen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen schädigt. Man hat sich in der letzten Zeit darüber beklagt, daß das Zugbingigkeitgefuhl zum Reich im Elb nicht so tief Wurzel geschlagen habe. Will man den Reichsgedanken im Elb stärken, so darf man nicht ein solches Gesetz erlassen.

v. Dannenberg (Sl. Vg.): Der Staat ist mit seinen eigenen Werken an dem Kali selbst so interessiert, daß er eine gewisse Gemäßheit dafür gibt, daß die Interessen der Konsumenten nicht gefahdet werden. Der Landwirtschaft liegt namentlich an einseitigen nicht zu schmanfenden Preisen. Der Vg. Hize hat ein Reichsmonopol empfohlen. Dieser Vorschlag, den Bergbau der Zuständigkeit des Reiches zu unterstellen, würde aber an dem Widerspruch der Einzelstaaten scheitern. Wegen einer Kaliausfurholp an sich hätten wir nichts einzunehmen. Wir finden, daß der in der Vorlage eingeschlagene Weg der richtige ist.

**Werner (D. Vp.):** Es erscheint uns bedenklich, alles dem Bundesrat zu überlassen und dem Gesetz eine so lange Geltungsbauer zu geben. Nicht zu bestreiten ist, daß die Amerikaner das Kali um 106 Millionen billiger bezogen haben als das Inland. Die Kalipreise in Deutschland haben eine Höhe erlangt, daß man sie zueig Wucherpreise nennen kann.

v. Dannenberg (Sl. Vp.): Der dritte Teil der gesamten Kaliwerke Deutschlands liegt in Hannover, und Kreise und Gemeinden haben ein großes Interesse an diesen Grundschatzen. Es ist gesprochen worden, von der handvoll Millionäre, die die Kaliindustrie beherrscht. In der Kaliindustrie sind 5- bis 600 Millionen bisher angelegt. Die Obligationen sind aber meistens in Händen von kleinen Sparern, die Ruge und Aktien auch, wie vielfach der Besuch von Generalversammlungen zeigt. Für das in den hannoverschen Werken investierte Kapital wird eine Verzinsung von höchstens 5% herauskommen (?). Im allgemeinen ist es bei den übrigen Werken sehr ähnlich! Hier ist sehr viel über die amerikanischen Verträge und die Schahigung von Treu und Glauben gesprochen worden. Besonders scharfe Worte sind gegen Herrn Schmidtmann gefallen. Ich glaube, Sie tun der Familie Schmidtmann Unrecht. Zundast müssen Sie bedenken, daß die Schmidtmanns gar keine Deutsche sind. Deshalb kann man wohl auch nicht verlangen, daß sie deutsches Nationalgefühl haben. Der Sohn ist amerikanischer Staatsbürger. Herr Schmidtmann son hat nun vor vier Jahren als Mitglied des deutschen Reichstages auf 10 Jahre mit amerikanischen Firmen sich privatim abgeschlossen, die heute noch in Geltung sind und der Industrie sehr schaden. Im November v. J. hatte der junge Schmidtmann Streitigkeiten mit dem Syndikat. Das Syndikat machte sich sofort an das Landgericht Nordhausen, und Herrn Schmidtmann wurde zu wissen gegeben, daß, wenn er nicht Treu und Glauben halte, er bezw. seine Direktoren drei Monate Haft bekommen würden. In der vielgenannten Nacht zum 1. Juli hat nun Herr Schmidtmann Verträge mit Amerika abgeschlossen, die ungefähr 20 Mill. M. zum Gegenstand hatten. In diesen Verträgen sind ganz genaue Bestimmungen enthalten, es ist sogar erwogen, daß Deutschland Steuern auf Kali legen könnte, und es ist festgesetzt worden, daß das alles die Amerikaner tragen sollen.

Die Verträge sind soweit ausgebeutet, daß heute vier Fünftel des Bedarfs Amerikas durch sie gedeckt werden. Herr Schmidtmann muchte nach diesen Verträgen 100 000 Waggons Kali — alles in Kalinit umgerechnet — liefern können. Nun sagen die Sachverständigen, daß dies unmöglich ist, und daß er höchstens die Hälfte zu gewinnen und zu erpedieren imstande ist. Herr Schmidtmann hat also die Verträge abgeschlossen, um entweder das Syndikat in die Luft zu sprengen oder, um sich die Verträge zurucktaufen zu lassen. Man hat auch über die letzte Frage mit ihm verhandelt, und er hat 40 Millionen Entschädigung verlangt. Das wollte man ihm natürlich nicht geben, und darauf erklärte er, bezw. seine amerikanischen Hintermänner, er wolle es darauf antommen lassen, daß das Syndikat in die Brüche gehe. Das kann man ihm als Amerikaner nicht übel nehmen.

Sie stehen vor der Frage, sollten wir den Dollarkonflikte gestalten, daß sie den halben Weltmarkt für sich behalten und das Monopol, das Deutschland in bezug auf Kali hat, an sich reißen. Wir dürfen uns nicht mit gebundenen Händen den Amerikanern ausliefern. Bei dem Notstand, der vorliegt (es handelt sich auch um ein Notgesetz), darf man dem preussischen Fiskus nicht imputieren, er wolle hinten herum für sich durch dieses Gesetz Geschiee machen. Die Hauptfrage ist die rein amerikanische Frage mit all ihren Folgen. Das muß die Kommission scharf im Auge behalten.

Brandys (Vole) forderte unter Ablehnung des Monopols die Gestaltung der Vorlage dahin, daß das Reich ein gewisses Aufsichtsrecht über die Produktion und auch über den Absatz der Kalifalze erhalt, dergestalt daß die Verstaatlichung an den Ausland nachgeben würde. Es geht ein Schlussantrag ein, der auch angenommen wird. Die Vorlage wird einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

# 74 Monate Gefängnis.

Vor dem Schwurgericht in Halle wurden am 16. Februar nach dreitägiger Verhandlung gegen acht Angeklagte 74 Monate Gefängnis verhängt, vier Angeklagte wurden freigesprochen. Die Angeklagten sind Mansfelder Männer und Frauen, die beschuldigt waren, am 31. Oktober vorigen Jahres sich zusammengeworfen und Arbeitswillige vorzugehen während des Mansfelder Streiks. Mit Recht wies der Rechtsanwalt Seine darauf hin, daß die ganze zur Klage stehende Angelegenheit teils als h a r t m ö ß i g und zum anderen Teil sich höchstens als grober Unfug bezeichnen lasse. Den Geschworenen aber wurden folgende Schuldfragen gestellt:

Sind die Angeklagten schuldig, am 31. Oktober v. J. von der Anstaltsverwaltung der Burggraben bis nach Seiffhede hinein an einer öffentlichen Zusammenrottung einer Menschengemeinde, die mit vereinten Kräften gegen Personen Gewalttätigkeiten beging, teilgenommen zu haben?

Die Geschworenen beantworteten die auf Landfriedensbruch gestellte Schuldfraße bei acht Angeklagten mit Ja, bei vier Angeklagten mit Nein.

Staatsanwaltschaftsrat K i s l e b e n beantragte hierauf folgende Strafen: für den Angeklagten Loose ein Jahr Gefängnis, Marekat und Schäfer neun Monate Gefängnis, Racmarek acht Monate, Regel ein Jahr ein Monat, Dieselert zehn Monate, Bräuhahn sieben und Frau Müller sechs Monate Gefängnis. Den Angeklagten waren m i l d e r e u n d e m i ß r ä n d e zugebilligt worden. Im ganzen dürften gegen Mansfelder Streikende insgesamt etwa

## 150 Monate Gefängnis

von den verschiedenen Gerichten verhängt worden sein! Uns schaudert, wenn wir daran denken, daß alle diese Verurteilungen und schließlich der Streik selbst auf die eine Ursache zurückzuführen sind, daß d e u t s c h e M i n e n k a p i t a l i s m u s von den Bergarbeitern verlangten, auf das ihnen gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht Verzicht zu leisten!

Und als die Arbeiter sich hierzu nicht bereit erklärten, warf man sie zu Duzenden aufs Straßengpflaster! Die Folgen waren der Streik und endlich die u. G. gerabene belandlose Ausschreitungen, die nun zu ungemein schweren Verurteilungen geführt haben! Zu den Verächtern des Koalitionsrechtes sagt man sich zu Tische, die Arbeiter gehören ins Gefängnis! So waltet die „Gerechtigkeit“ in Preußen, für die wir nicht die einzelnen Gerichte verantwortlich machen. Wir haben in Preußen Deutschland noch schlimmere Dinge erlebt und sind auch in Zukunft auf alles gefaßt. Auf den Prozeß selbst werden wir noch näher zurückkommen. Eins muß aber immer wieder gesagt werden:

Fühle sich die gesamte Bergarbeiterschaft als Klasse, ständen die Arbeiter solidarisches zusammen, solche Urteile wären weniger möglich. So lange es aber noch Arbeiter gibt, die ihrer Klasse, ihren kämpfenden Mitbrüdern in den Rücken fallen und sich zu Streikbrecherdiensten für ein brutales Kapital hergeben, werden Reichereien während den Streiks L e b e r i m m e r noch vorkommen. Darum, Bergarbeiter, Kameraden sorgt, daß der Bergarbeiterstand mächtig wird und Gefolgschaften zeigt. Das ist der beste Schutz gegen die Ränke und Tücken der Arbeiterfeinde

## Mißstände auf den Gruben.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Jede Bergmannsgrube.** Auf dieser fötalenischen Grube sind die Arbeiter auch mit dem so gefährlichen Schüttelrutenschneitum beglückt worden. Im Revier XI führt der Schüttelrutenschneiter B. das Szepter, vor sich seinen Befehlen nicht unterworfen, kann es über ergehen. Solche Sünden werden gewöhnlich in Schlichtlosig geteilt und erhalten einen Lohn von 5,80 Mk. pro Schicht. Am 30. Januar ging eine Arbeit zu Bruch, im ganzen Revier waren aber keine drei- bis achtstündige Stempel aufzutreiben. Bestraft wird auch für jede Kleinigkeit. Bisher brauchten die Arbeiter für die Lampen nichts zu zahlen. Jetzt soll die Lampenbude einem Unternehmer übertragen werden und die Arbeiter bestreiten, daß daraus für sie Nachteile erwachsen. Denn zweifellos soll dadurch gespart werden und zwar auf Kosten der Arbeiter.

**Jede Bergmannsgrube.** Die Verhältnisse werden für die Arbeiter hier immer schlechter. Besonders im Revier des Steigers St. heißt es immer Kohlen, Kohlen. Dabei herrscht aber häufig Holzknappheit. Das Uebelverschlimmert wird auch immer schlimmer. Verfährt eine Kameradschaft die Ueberlicht nicht, werden häufig Zimmerbauer in die Arbeit verlegt, um Kohlen zu fördern; selbstverständlich ist das für die Arbeiter von Nachteil, weil häufig die Arbeit verstillt und das Holz nicht beigefahren wird. Und doch wäre es auch nötig, besser zu verbauen, besonders im Fluß 4. Möglicherweise die Strecke schon wiederholt zu Bruch gegangen ist. Auch wäre dem Steiger zu empfehlen, den Arbeitern gegenüber etwas höflicher zu sein.

**Jede Konstantin, Schacht I und II.** Durch die Unpünktlichkeit bei der Seilfahrt wird hier den Arbeitern häufig die Schichtzeit bis zu einer Viertelsstunde in ungeleglicher Weise verlängert. Auch beim Schichtwechsel stehen volle und leere Wagen auf dem Fallort und versperrten den Weg zum Schacht derart, daß die Arbeiter darüber klettern müssen. Die elektrische Stromleitung wird gewöhnlich zu spät ausgekoppelt, so daß die Arbeiter nicht früh genug zum Schacht kommen können. Auch einzelne Gezügler z. B. Weile sind sehr mangelhaft, sie sind entweder zu rauh und legen sich um oder zu hart und springen aus. Die Sägen dürften besser geschärft werden, auch sind die Sägebögel mangelhaft.

**Jede Konstantin, Schacht III.** (Vertichtigung.) „Mit Bezug auf die in Nr. 4, Seite 6, der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 22. Januar d. J. unter dem Stichworte „Der Konstantin, Schacht III“ enthaltenen Artikel ersuchen wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspreßgesetzes folgende Vertichtigung erscheinen zu lassen: Es ist nicht richtig, daß der Hauerlohn im Monat Dezember im Durchschnitt um 20 bis 30 Pfennig gegen die vorhergehenden Monate gesunken ist; richtig ist, daß der Lohnrückgang erheblich weniger betragen hat. Ferner ist es unrichtig, daß in der Wochenschrift eine Anzahl Kleiderausgüßler gegen die Gewerkschaft ver. „Der Mann der Große Pieper“

**Jede Konstantin, Schacht III.** (Vertichtigung.) „Auf Grund des § 11 des Reichspreßgesetzes rufe ich Sie in Nr. 4 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 22. Januar d. J. Seite 6 unter der Vertichtigung „Der Konstantin, Schacht III“ über nicht erschienene Notiz wie folgt zu vertichtigen: Es ist nicht richtig, daß ich Ausdrücke wie Lausunge oder Minderrecht gebrauchte, ebenso ist es unrichtig, daß ein Lehrling mit einem Stück Kohle hinter mir hergelaufen ist. Auch ist es unrichtig, daß ein Arbeiter meines Reviers kürzlich einen doppelten Heimkehr erlitten hat. Konr. Hassenpflug, Reviersteiger auf Seehe Konstantin, Schacht III.“

**Jede Deuschland (Schacht Mendenberg).** Das Straßbüren tritt hier besonders zutage. So wurden in der zweiten Februarwoche fünf Mann in zwei Tagen mit 40 Mk. bestraft wegen Förderns unreiner Kohlen. Da das frageliche Frös aber mehrmals mit Bergen durchgeft ist und die Tage nach Kohlen sich immer mehr bemerkt macht, ist es bei dem schlechten Gebirge leicht möglich, daß einmal Berge resp. Steine mit in die Kohlen kommen. Aber bei jedem Vergehen, das Bruder Bergmann sich zuzulassen kommen läßt, hagelt es Strafen. Drei bis fünf Mark Strafe sind keine Seltenheit. Die Strecken befinden sich aber in einem solchen Zustande, daß es einem graut, hindurchzugehen. Beschädigte Förderwagen können schon nicht mehr benutzt werden, weil dieselben nicht mehr durch die Strecken zu bringen sind. Das kommt daher, weil für Reparaturen nichts bezahlt wird. Auch mit dem Gebirge ist es hier höchst bedauerlich, daß man eine Markte und Jahre haben können, ohne man oft zu hören: „Seht zu, daß ihr welche bekommt.“ Dann kann

man in der Grube herumlaufen, aber die Zeit geht verloren. Kommt nun der Beamte, so heißt es: „was habt ihr gemacht?“ und am Lohn- tage spürt man: Über viele Kameraden sind an diesen Mißständen mit schuld; wären alle der Organisation angeschlossen, wir sind sicher, solche Mißstände wären unmöglich.

**Jede Deutscher Kaiser, Schacht II und V.** Auf diesem „Bütt“ scheint man die Arbeitsordnung nicht zu kennen. Die Seilfahrtsbestimmungen laßt man ganz und gar außer acht. So ist es in letzter Zeit vielfach vorgekommen, daß der erste Korb mit der Mannschaft von der Seilseilbahn 10 bis 15 Minuten nach 2 Uhr zu Tage kam. Daß es bei solchen Zuständen zu einem Gebirge oder gar zu Ausschreitungen auf dem Fallort kommen kann, ist leicht erklärlich. Wenn aber ein Arbeiter ein paar Minuten zu spät nach der Seehe kommt, wird ihm die Unfahrt verweigert und er muß nach Hause gehen. Ist er aber einmal unten, dann kommt es auf eine Viertelstunde gar nicht an, erst müssen für die „Kohlen heraus“ heißt es dann. Die Waschkane ist auch etwas klein für die Belegschaft. Die zwei riesenhaften Doppelförderer schmelzen in einer halben Stunde Hunderte von Menschen heraus. Da kommt es noch gar oft vor, daß die Brausen nicht in Ordnung sind und dadurch mangelhaftes Wasser laufen lassen. Ueber den Kohlenhohmann werden auch Beschwerden geführt. Bekanntlich stellt die Seehe einen Fuß- und unternehmer, der den Leuten die Kohlen zu stellen soll, den jedoch der Arbeiter bezahlen muß. Dieser Unternehmer macht sich das hiers ganz bequem, kauft die Kohlen 20 bis 30 Meter vom Kalkfenster ab, erhält seinen Fußlohn und fährt davon. Warum kauft er die Kohlen nicht selber heran, wodurch den Arbeitern respektive deren Frauen eine erhebliche Arbeit gespart wird? Hier muß unbedingt Venderung geschaffen werden, sonst verachten die Arbeiter auf den Seeheunternehmer und lassen die Kohlen von solchen fahren, von denen sie besser bebient werden.

**Jede Graf Moitte (Schacht I und II).** Der Weg vom Dorf Glädder bis zu dieser Seehe ist bei schlechtem Wetter fast nicht zu passieren. Die Lampenbude ist für die große Belegschaft viel zu klein. Die Lampen werden an nur zwei Schaltern ausgenommen, und entfallen auf jeden Schalter etwa 800 Lampen. Das Gebirge ist bei der Ausgabe daher sehr groß. Die alten Leute, welche in der Lampenbude sind, laufen ja genug, und tun, was in ihren Kräften steht, aber das nützt nichts, weil die Einrichtung der Ausgabe eine ungenügende ist. Hinzu kommt noch, daß die Lampen häufig schlecht in Ordnung sind und umgekehrt werden müssen. Auch die Waschkane ist zu klein und mangelhaft. Beim Schichtwechsel herrscht immer ein großes Gebirge, auch laufen ab die Brausen manchmal nur zum Teil oder sehr schlecht. In Strafen mangelt es aber nicht, so wurden im vorigen Jahre Strafen verhängt im Gesamtbetrage von 19 308,02 Mk. Am 10. Februar wurden 32 und am 11. Februar sogar etwa 70 Mann nach Hause geschickt, weil sie angeblich ihre Markennummer nicht früh genug in Empfang genommen hatten. Und doch war es erst 5 Minuten nach 5 1/2 Uhr, als die Leute schon umgeteilt ihre Marken forderten, wobei ihnen das Schalterfenster vor der Nase zugeklappt wurde, während die Seilfahrt bis 5 1/2 Uhr geht. Die Leute hatten sich übrigens auch noch so verspätet, weil das Gebirge bei der Lampenausgabe zu groß war und sie ihre Lampen nicht rechtzeitig erhalten konnten. Wir raten den in Frage kommenden Kameraden, die verlorene Schicht einzulagen, vielleicht wird dadurch Besserung erzielt.

**Jede Holland III/IV.** Der Anschläger Sch. hier auf der steilen Sohle ist sehr unvorsichtig und läßt Leute ausfahren, ohne daß Lären eingehängt sind. Am 6. Februar ließ er sogar zehn Mann auf einem Korb mit sechs Kohlenwagen und ohne Lären ausfahren. Am 7. Februar ließ er neun Schachthauer, ohne daß Lären eingehängt oder Seilfahrt angehängt war, ausfahren. Wäre an diesem Tage der Einsahrer sechs bis sieben Minuten früher zum Schacht gekommen, hätte er dieses beobachtet können. Wir machen im Interesse der Sicherheit der Bergarbeiter hierauf aufmerksam, damit Verränderung geschieht werden kann.

**Jede Monopol (Schacht Weilla).** In welcher Weise auf genannter Seehe die bergpolizeilichen Vorschriften in Bezug auf Bergverfall von angehenden Beamten befolgt werden, zeigt folgender Vorfall: Im Revier I arbeitet im Fluß 13, Ort 7, zwei Bergvorsichtler vor einer Strecke und haben die abgebaute Strecke mit Steinen zugesperrt. Nach Ansicht des Steigers sind das nun die besten Arbeiter im Revier, welche mit imstande sind, einen Verfall in einer höchstens ein und einer halben Schicht zuzuklappen. Die beiden angehenden Beamten bringen dieses fertig, aber wie? Nebenbei erlauben sich die beiden jetzt schon, den richtigen Beamten heranzukommen, indem dieselben andere Kameraden als Faulenzer, welche nur nichts verdienen wollten, titulieren. Die Schlüsselheit der beiden zukünftigen Steiger wurde aber durch einen Schuß, welcher die Versuchsaufwand durchschlug, ins rechte Licht gefeßt und der Betrag kam zum Vorschein. Die Verschlüsse waren nicht vorchriftsmäßig zugepackt, sondern man konnte ungehindert 15 bis 20 Meter durch den Bergverfall dieser tüchtigsten Kerle des Steigers Rammen gehen. Wenn nun dieser Hohlraum voll Schlagschnee gestanden hätte, was sehr leicht möglich sein konnte und der Schuß entzündete diese Wetter? Die Folgen sind nicht ausdenkbar. Wenn weiter die über dem Hohlraum hängenden, lose aufgeschütteten Steine nachrückten und die Leute mit dem Wagen in die Tiefe verschwinden? Man sollte meinen, dieses alles mußten die beiden zuverlässigen, tüchtigen Arbeiter und zukünftigen Steiger bedenken, ebenso mußte es dem Steiger Rammen auffallen sein, wenn die Verschlüsse immer so schnell voll waren. Soviel Berechnung muß ein Steiger doch wohl haben, um zu wissen, wieviel Steine in einen Verfall gehören. Anstatt nun der Unvorsicht gründlich abzu- helfen, wurde nur das vorbereitete Ende des Hohlraumes durch die Nachtigal zugepackt und bei der Wlogenschicht half der Steiger noch eigenhändig und alles war wieder scheinbar in Ordnung. Daß der ganze übrige Hohlraum noch besteht, wissen wir ganz bestimmt. Wenn die Bergpolizei Interesse daran haben sollte und sich davon überzeugen will, so darf nur in der Strecke etwas abgeteilt werden und der Hohlraum ist freigelegt. Bei jeder anderen Partie wird streng auf dichten Bergverfall gesehen und streng bestraft, und hier bei den beiden Musterkneben, welche Steiger Rammen den übrigen Kameraden als Muster in der Arbeit empfahl, wird alles möglich gemacht. Andere Kameraden würden sicher in diesem Falle außer der Strafe noch die Papiere bekommen.

**Jede Rheinische IV.** Unsere Kritik war hier in verschiedenen Fällen schon von Erfolg, nur mit der Seilfahrt und der Markenausgabe ist alles beim alten geblieben. Die Seilfahrt beginnt für die Mittagschicht um 1 Uhr und dauert die Einfahrt für die Belegschaft bis zum zweiten Sohle allein bis 1 1/2 Uhr, dann erst können die Leute von der sechsten Sohle einfahren. Nach 1 Uhr werden aber keine Marken mehr ausgegeben, jedoch dadurch den Arbeitern der sechsten Sohle die Schicht unnötig um eine halbe Stunde verlängert wird. Im Januar wurden 142,50 Mk. an Strafen verhängt und zwar wegen Ladens unreiner Kohlen, Mindermaß usw. Soll durch diese Bestrafungen etwa das gute Einvernehmen gefördert werden?

**Jede Sterkrade (Schacht I und II).** Der § 93b und 93c des Berggesetzes scheinen für diese Seehe nur auf dem Papier zu stehen. Danach darf die Schichtzeit durch die Seilfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden. Es wird benignet mit 2000 Mk. bestraft, welcher diese Anordnungen nicht befolgt. Das geschieht aber hier sehr häufig. Am 2. Februar 1910 passierte es, daß die Belegschaft der Nachschicht von beiden Söhlen eine halbe Stunde länger in der Grube warten mußte. Der erste Korb kam erst 6 Uhr 3 Minuten am Tage an. Um 6 Uhr gedachte erst der Schachtsteiger der am Schacht harrenden Bergleute und telephonierte herunter: „Schacht I ist unpassierbar, die Leute müssen Schacht II benutzen!“ Am Schacht II angekommen, mußten sie wieder umkehren, da, wie der Steiger anfragte — man höre und staune — keine Bedienungsmannschaften vorhanden waren. Es vergeht fast kein Sonntag, wo der Nachschicht die Schicht nicht um 15-20 Minuten auf diese Weise verlängert wird. Wäre es dem Betriebsführer: Strube recht, wenn er, schweißtriefend von der Arbeit komend, eine halbe Stunde am kalten Schacht stehen müßte? Wir sind überzeugt, daß er dem amtierenden Steiger schon den Standpunkt klar machen würde. Die Behandlung der Bergleute läßt auch viel zu wünschen übrig. Es kommt vor, daß ganz junge Steiger sich gegenüber älteren Bergleuten Ausdrücke erlauben, die nicht am Platze sind. Steiger Flake äußerte sich einem Kameraden gegenüber, der kürzlich nach einem ereignisreichen Unfall aus dem Frankenhause zurückkehrte, „jalls er nicht mehr leisten könnte, sei er nicht zu gebrauchen.“ Im Revier dieses Steigers werden sehr schlechte Löhne gezahlt. Auf eins wollen wir die Vertikalisierung noch hinweisen: Die konnte es möglich sein, daß der Maschinist bei der Seilfahrt am 8. Februar (mittags) ohne Signalabgabe ausgegogen hat? Den Kameraden Johann Weher kostete es fast das Leben, da er im Absteigen begriffen war, als plötzlich der Korb unter seinen Füßen weggefallen wurde.

**Jede Teutoburgia (Hofhausen-Vornig).** Unsere Kritik an den Bergarbeitern dieser Seehe war bisher vergebens; wir hatten zuletzt das mangelhafte Gebirge kritisiert. Nunmehr erfolgte ein Anschlag, der befragte: „Bedienung wird in Zukunft meistens der Gewerkschaft nicht

mehr angeführt.“ So kommt man den Arbeitervünschen entgegen. Dabei hat der Vorkamerad, dem die Seehe gehört, von 1886 bis 1907 an Dividende verteilt: 12 1/2, 15, 16 1/2, 16 1/2, 13 1/2, 7, 7, 10, 12, 15, 16 1/2 und 15 Prozent. Strafen hagelt es für jede Kleinigkeit. Auch scheint Lautenangel zu herrschen, denn die Arbeiter werden angehalten, 1 1/2 Schicht zu verfahren. Vom Arbeitsnachweiskureau wurde die Arbeiter hierher verwiesen; Herr Kellermann aber scheint Leute zuviel zu haben, denn er will oft die ganze Bande zum Teufel jagen, und vor zwei Monaten hat er 14 Mann gekündigt, mit dem Bemerken: „Ich habe Leute zuviel.“ Die Arbeiter mühen sich zu Ein- und Ausfahrt die Fahrten benutzen, die Beamten aber fahren stolz im Rißel. Der Lohn ist für die schwere, gesundheitschädliche Arbeit, wobei sich die Arbeiter das teure Werkzeug, lange Stiefel usw., noch selbst stellen müssen, keineswegs angemessen. Man sorgt schon dafür, daß die „Entbehrungslohn“ der armen Aktionäre nicht zu knapp ausfallen.

### Provinz Sachsen.

**Mansfelder Gewerkschaft.** Auf den Niemandschäden verunglückten am 10. Februar die Kameraden Klingebach und Molmed und Stessen aus Seiffhede. Klingebach war sofort tot, Stessen erlitt einen schweren Bruch und wird wohl, wenn er überhaupt mit dem Leben davonkommt, zeitlebens ein Krüppel bleiben. Die Arbeit war eine außerordentlich gefährliche und soll den Leuten vom Fahrsteiger Sch. übertragen worden sein. Es entsteht da die Frage: Hat der Fahrsteiger die Gefährlichkeit des Betriebes erkannt? Wenn ja, dann dürfte er die Leute dort nicht hinschicken und ist ihm ein Teil der Schuld an dem Unglück beizumessen. Der Obersteiger H. soll die Leute von dieser Arbeit weggeschickt haben mit dem Bemerken: „An so einer gefährlichen Stelle darf kein Unheil gemacht werden.“ Wie kommt es, daß die Leute trotzdem wieder an die so gefährliche Arbeit gingen? Haben sie das aus eigenem Antrieb getan? Oder sind sie vom Fahrsteiger Sch. dazu veranlaßt worden? Das sind Fragen, die sich uns unwillkürlich aufdrängen und die unbedingt der Klärung bedürfen.

### Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Fußgrube.** Immer trauriger gestalten sich hier die Lohnverhältnisse, besonders in der fünften Abteilung, Steiger Flegel. Sobald ein Bauer in der fünften Abteilung einmal 4 Mk. pro Schicht verbleibt, ist er sicher, daß Steiger Flegel, trotzdem die Viermarktlöhne angefügt werden, sofort mit seiner Bedingeklebere kommt und ein gutes Stück vom Gehirge abschneidet. Wurde früher vor Streckenarbeit pro Meter 4,50 Meter gezahlt, so geht er heute nur noch 3,80 Mk. pro Meter. Trotz dieser horrenden Bedingekleberungen verlangt Flegel natürlich noch, daß die Arbeit auch gut und haltbar gemacht wird. Seitdem das neue Maschinenhaus gebaut ist, ist der fünften Abteilung der alte Bedingekleber weggenommen und dafür ein neuer angewiesen worden. War in dem alten der Aufenthalt nicht gerade angenehm, so ist der jetzige Zustand fast unerträglich geworden. Können sich doch kaum 50 Menschen dorthin aufhalten. Bei Lohn- und Abschlagszahlungen ist die halbe Abteilung gezwungen, mag das Wetter noch so hüßlich sein, ganz einfach im Freien auszuhalten. Die Schinderei der Förderleute dürfte sehr viel dadurch, daß die Wagen besser geschmiert würden, genildert werden. Damit die Leute, wenn sie aus der Grube kommen, nicht unnötig zu warten brauchen, wäre zu wünschen, daß der Aufsicher Appelt vom Juliussticht mehr Pünktlichkeit in Bezug auf Öffnung des Markentastens an den Tag lege. Im Unfälle zu vermeiden, wäre es dringend notwendig, daß in der jetzigen Jahreszeit die Treppentufen vor dem Verlesefaal machmal gefäubert bzw. mit Wasser besprengt würden, damit ein Ausgleiten unmöglich wäre. Bei dem heutigen Zustande ist es ein Wunder, wenn noch keine Unfälle passiert sind. Nach den alle Wochen verfahrenen Ueberlichtungen zu urteilen, müßte alles in der Grube tadellos im Schuß sein. Wenn dieses nicht der Fall ist, im Gegenteil konstatiert werden muß, daß die Bauhilfen immer mehr in Unordnung kommen; so liegt es daran, daß die Ueberlichtungen meist vor Ort zur Kostenrechnung benutzt werden. Am letzten Lohntage wurden auch auf dem Biemarcksticht recht schlechte Schlepperlöhne ausgezahlt. Eine Kameradschaft hatte pro Schicht nur 2,84 Mk. Aus Verger über diesen miserablen Lohn führen sie an dem betreffenden Tage nicht ein, welches Verbrechen mit der Entlassung nach Ansicht des Steigers Vergebung werden müßte. Auf erhobene Beschwerde bei den betreffenden Beamten wurde den Leuten in schmerzhaftem Tone entgegengesprochen, daß er (Steiger Verge) die Faulenzerei schon längst satt habe.

**Waldgrube.** Wahrscheinlich reichsträume Zustände herrschen auf diesem Mustersticht nicht nur bei den Arbeitern untertage, auch die Oberstagsarbeiter können ein schönes Lied davon singen. Trotz ihrer anstrengenden Arbeit sind die Kesselsteiger gezwungen, zwölftündig zu schuften und bekommen einen Lohn von 2,95 Mk. Selbstverständlich reicht ein solcher Hungerlohn für eine Familie nicht aus und so suchen die Leute durch Ueberlichtungen sich vor dem Hunger zu schützen. Trotz der überlangen Arbeitszeit werden gewöhnlich wöchentlich noch zwei sechszehnstündige Schichten verfahren, ja einzelne Leute verfahren sogar 36 bis 48 Stunden hintereinander. Ist einmal ein Arbeiter infolge von Ueberanstrengung oder infolge sonstiger Verhältnisse gezwungen, von der Grube fernzubleiben, so arbeiten die übrigen Kollegen ganz einfach länger. Besonders im neuen Kesselhaufe kommt es öfters vor, daß Kesselsteiger von Sonntag früh bis Montag früh, also 24 Stunden arbeiten. Hat ein solcher Arbeiter Sonnabend Nachmittags, so verfährt er zunächst von Sonnabend abend 8 Uhr bis Sonntag früh 6 Uhr seine laufende Schicht, kommt Sonntag abend wieder und bleibt bis Montag abend, also 24 Stunden hintereinander, in Tätigkeit. Bei den Schmieben ist es nicht viel besser. Auch dort werden acht bis zehn Schichten in einer Woche geleistet. Daß bei solchen Zuständen die Arbeiter frühzeitig zu Grunde gehen müssen, ist klar. Ist jedoch die Kraft des Arbeiters verbraucht, steigt er hinaus ins Glend.

**Schwefelsticht bei Niederhermsdorf.** Durch die Berggesetznovelle vom Jahre 1905 ist bekanntlich das Mullen der Wagen verboten, dafür treten jetzt Bestrafungen ein, die ebenso schlimm wirken. In der zweiten Abteilung, Steiger Kühn, werden wegen unreiner Förderung Hauer mit 3 Mk., Schlepper mit 2,50 Mk. bestraft, was infolge der schlechten Verdienste fast einem Schichtlohn gleichkommt. Bei fünf oder zehn Minuten zu zeitigem Schichtmachen, bei Feiern ohne Urlaub auch zur Sonntagschicht, setzt es eine Mark Strafe usw.

### Süddeutschland und Reichslände.

**Auf der Grube Frankenhofs** besteht der Mißstand weiter, daß die Arbeiter vor ihrer Einfahrt das schwere Streckenholz erst schneiden und mehr als 100 Meter zum Schacht tragen müssen, obwohl der Arbeiterauschuß diese Angelegenheit mehrfach in den Sitzungen vorgebracht, der Herr Direktor Schulte-Meter auch seine Zusage gegeben hat, das Holz schneiden zu lassen. Daß es aber nicht geschieht, liegt nach Meinung der Kameraden zum Teil am Betriebsführer Schauffer, mehr noch am Obersteiger Müller, der ein sehr selbständiger Herr sein und die Anordnungen des Herrn Direktors nicht befolgen soll. Sind die Leute am Holzschneiden und der Herr Direktor ist in Sicht, jagt Herr Müller sie vom Holzplatz fort und sie müssen ohne das notwendige Holz anfahren, können nicht so verbauen, als es die Vorkehr; und Sicherheit erfordert. Die Arbeiter sind der Meinung, daß die Zusage ihres Direktors auch zu halten ist, der die Notwendigkeit längst eingesehen hat, dem Uebelstand abzuhelfen. Schon aus Gesundheitsrücksichten sollte man dieses Holzschneiden abschaffen, weil die Kameraden ständig einer Erkältung ausgesetzt sind. Die Grube Frankenhofs liegt ziemlich auf dem höchsten Punkt der Hinterfalz und der Holzplatz ganz oben, wo der Wind ohne Hindernis „aus erster Hand“ hinwegweht. Kommen nun die Leute an, die vielfach eine Stunde und noch weiter marschiert haben, warm, oft schweißend, ziehen sie die dünnen Grubenkleider an und stellen sich dann in Wind und Wetter, das Wunder, wenn sich dabei einer nicht nur einen „Riß“, sondern sogar wegholt. Deshalb wollen wir erwarten, daß der Herr Direktor dem Herrn Obersteiger sagt, was dieser tun soll und daß das Holzschneiden endlich abgeschafft wird. In der Waschkane, hauptsächlich in der Abteilung 25-30, laufen die Brausen sehr spärlich, oft nur zum Anfang, wodurch ein Drängen und Stoßen entsteht, weil die Kumpels sich das Wasser zum Waschen förmlich abstehlen! Auch hierüber ist schon mehrfach Beschwerde geführt und hat sogar kürzlich noch eine Befichtigung durch den Herrn Direktor stattgefunden, wobei das Wasser lief, aber sonst nicht. Diese Abteilung liegt zunächst neben der Beamtentele, wo nach Meinung der Kameraden nicht mit dem Wasser gesperrt wird, aber da die Röhre zu dünn sind, der Nachlauf zu schwach ist. Unter solchen Umständen ist das Waschen kein Vergnügen und ist man schon froh, überhaupt rein zu werden. Auch diesen Mißstand hoffen die Kameraden bald beseitigt, um so mehr, als auch hier der Herr Direktor die Einsicht hat, daß es geändert werden mußte.

### Aus dem Kreis der Kameraden. Oberbergamtbezirk Dortmund.

#### Sicherheitsmännerwahlen.

Die Sicherheitsmännerwahlen finden voraussichtlich schon in nächster Zeit statt. Die Rheinisch-Westfälische Ztg. meldet in ihrer Nummer vom 10. Februar:

„Die die vorjährige Vergelohnung näher ausführenden Bestimmungen über die Wahl und Tätigkeit der Sicherheitsmänner und des Arbeiterausschusses sind summevoll von dem Reichsamt für die Bergbauverwaltung festgelegt worden. Und zwar übereinstimmend je nachdem die einzelnen Zehnen, wie gefällig zulässig, nach Steigerabteilungen oder nach Fabrikabteilungen die Wahl der Sicherheitsmänner vornehmen lassen wollen. Über den Inhalt der Bestimmungen werden in den nächsten Tagen allenthalben die Arbeiterausschüsse geführt werden, mit der Aufforderung, etwaige Bedenken gegen die Bestimmungen geltend zu machen.

Der Erlaß der Bestimmungen erfolgt durch das Amt am 2. März. Wollten müssen die erlassenen Bestimmungen binnen drei Tagen der Bergbehörde eingereicht werden, unter Mitteilung etwaiger Bedenken, die von dem Arbeiterausschuß geäußert sein sollen. Am 17. März treten dann die Bestimmungen in Kraft.“

Am 17. März sollen also hiernach die näher ausführenden Bestimmungen über die Wahl und Tätigkeit der Sicherheitsmänner und des Arbeiterausschusses in Kraft treten und ist anzunehmen, daß die Wahlen dann auch bald stattfinden werden. Für unsere Kameraden gilt es daher, unverzüglich die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit überall rüchgratstarke Leute ihres Vertrauens gewählt werden.

Wenn auch die Sicherheitsmänner nicht unseren Forderungen entsprechen, wenn ihre Befugnisse auch viel zu geringe sind, so wollen wir doch alles daran setzen, um diese Einrichtung so vorteilhaft wie möglich für die Bergarbeiter zu gestalten. Tatenlos abzusehen würde nicht den geringsten Vorteil bringen, sondern wäre nur von Uebel. Nicht durch tatenlos zusehen und Wutren, sondern nur durch mutiges Eingreifen und Wortwärtbürgen können wir zum Ziele. Was würde es für eine Folge haben, wenn unsere Kameraden sich von der Wahl fernhielten und die Dinge ihren Weg gehen ließen? Dann würden in der Hauptsache nur Feindhunde und Schmarotzer gewählt, was sicherlich nur ein großer Nachteil für die Bergarbeiter wäre.

Beteiligen sich aber unsere Kameraden an der Wahl und sorgen mit aller Kraft dafür, daß rüchgratstarke Männer ihres Vertrauens gewählt werden, die eine starke Organisation und die Begeisterung hinter sich haben, die ihre Position stärken, dann muß auch diese Einrichtung, so reaktionär sie gedacht ist, vorteilhaft für die Arbeiter wirken. Um dieses zu ermöglichen, müssen alle Kräfte angewandt und sofort die nötigen Vorbereitungen getroffen werden. Darum, Kameraden, auf an die Arbeit! Ihr habt es so oft gezeigt, was eure Kraft und Opfermut vermag, stellt auch diesmal euren Mut, damit sich der Sieg überall an die Fahne des Verbandes heftet.

#### Knapptchaftsälftekwahlen.

Am Samstag, den 19. März 1910 vormittags von 9 bis 12 Uhr, nachmittags von 4 bis 7 Uhr finden in folgenden Sprengeln die Älftekwahlen statt:

Sprengel Nr. 17a: Gemeinde Berthe. Wahllokal: Wirtschaft Brust in Berthe, Voßgrübenstraße.

Sprengel Nr. 108: Gemeinde Menge, nördlich der Eisenbahn von Krupf nach Dortmund-Hauptbahnhof und die ganze Dortmundstraße; Gemeinde Schmirringhausen und Brinninghausen; Gemeinde Groppenbruch, südwestlich des Dortmund-Emstkanals. Wahllokal: Wirtschaft Feinold in Menge.

Wahlberechtigt sind die in dem Wahlkreis wohnhaften, volljährigen (21 Jahre alten), im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Mitglieder sowohl der Kranken- als auch der Pensionistenkassen. Wahlberechtigt sind also auch diejenigen Mitglieder, die lediglich der Krankenkasse angehören, desgleichen die Krankentenden und diejenigen Mitglieder, die wegen Vollendung eines Dienstalters von 2000 Beitragswochen von der weiteren Zahlung von Pensionistenbeiträgen befreit sind.

Die Wähler haben sich, um zur Wahl zugelassen zu werden, zur Eintragung in die von der Begebenverwaltung aufzustellende Wählerliste bis spätestens zwei Wochen vor der Wahl, das ist 5. März 1910 anzumelden. Spätere Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

Gewählt wird, da die alte Wahlordnung wieder eingeführt ist, in jedem Sprengel ein Älfteker und ein Erfahmann. Stimmzettel, welche mehr wie zwei Namen enthalten, sind ungültig. Wir ersuchen unsere Kameraden, sich bis zum 5. März in die Wählerliste eintragen zu lassen, damit keiner seines Wahlrechtes verlustig geht.

#### Königreich Sachsen.

#### Eine Bergarbeiterdeputation beim Minister.

Auf der am 9. Januar cr. abgehaltenen Landeskonferenz der Bergarbeiter Sachsens wurde eine Deputation gewählt, die noch einmal der Regierung die Wünsche und Beschwerden der Bergarbeiter vortragen sollte, betreffend die geradezu zum System gewordenen Entlassungen von Arbeitervertretern. Die Deputation wurde am Sonnabend, den 12. Februar, vom Herrn Minister v. Miltum unter Begleitung von drei weiteren Herren empfangen und bestand aus den Bergarbeitern Rühlich-Großhändler, Hilpp-Großhändler, Waßner-Oberplanitz und dem Landtagsabgeordneten Krapp-Glauchau. Von Hoffnungen geschwollen war die Deputation gewis nicht, sie hat sich vielmehr von dem Gedanken leiten lassen, daß die Regierung die Pflicht hat, den Schwachen vor Übergriffen des Stärkeren zu schützen, um so mehr, wenn es sich darum handelt, daß Arbeitervertreter entlassen werden, die es sich zur Pflicht gemacht haben, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu beachten und für die Arbeiter nutzbar anzuwenden. In dieser ihrer Auffassung ist die Deputation durch die Regierungsvertreter bitter enttäuscht worden. Es wurde ruhig erklärt, daß man doch unmöglich den Unternehmern verbieten könnte, Arbeiter zu entlassen, die ihnen als mißlieblich bekannt wären, ebenso wie die Arbeiter es sich nicht gefallen lassen würden, wenn man ihnen das Streiken verbieten wollte. Diese Auffassung der Regierung wurde von der Deputation als eine irige bezeichnet, da es sich nicht um die Entlassung von Arbeitern im allgemeinen, sondern um gezielte gewählte Arbeitervertreter handelt. Es wurde nachgewiesen, daß zum Beispiel auf der Grube in Gersdorf die Arbeitervertreter gegen die eigenmächtigen Handlungen des dortigen Vorstehers der Knappschafftrentenkasse, Direktor Kneifel, wiederholt Beschwerde führen mußten. Auch Herr Pfeilstricker von Vereinigtefeld, von dem die letzten Entlassungen vorgenommen wurden, hat bemerkt, daß er nur deshalb die Vertreter entlassen hat, weil sie von den in Geseß vorhandenen Bestimmungen Gebrauch machen wollten. Vom rein menschlichen Standpunkt aus wurde die Handlungsweise des Herrn Pfeilstricker auch von der Regierung nicht gut geheißt, dann aber erklärte der Herr Minister: „Wir haben kein Recht und auch keine Macht, dieses zu verbieten.“ Der Deputation wurde empfohlen, zum Mittel der Selbsthilfe zu greifen und zu versuchen, die Öffentlichkeit zu gewinnen, sowie auch im Landtage dafür zu sorgen, daß durch gesetzliche Bestimmungen unsere Wünsche erfüllt würden. Recht komisch behauptete es, als von einem der Herren die Bemerkung gemacht wurde, daß die Mitglieder der Deputation ihnen als sehr ruhige und sachlich diskutierende Männer erschienen; man man auch den Arbeitgebern gegenüber so auftreten, mußte man mit ihnen auch auskommen können. Es hatte den Anschein, als wenn man dem organisierten Arbeiter gar nicht zutraute, mit seinem Arbeitgeber sachlich diskutieren zu können. Besonders Gewicht legte man auf die abgehaltene Belegschafferversammlung, um außer einigen Beamten des Wertes auch der Belegschafferei des Bergarbeiterverbandes anwesend war. Als aber Abg. Krapp erklärte, daß er im Interesse des Friedens den Saal mit den Herren verlassen habe, und daß selbst die anwesenden Königstreuen Knappen das Vorgehen der Arbeitervertreter gutgeheißen haben, da mußte sich auch die Regierung überzeugen, daß die Entlassungen im Interesse der gesamten Belegschaft gehandelt hatten. Nur Herr Pfeilstricker war es, der dem Willen der gesamten Belegschaft seinen eigenen entgegensetzte und die Entlassung ausprobierte. Wie man in der Regierung über die Handlungsweise und Pflichten der Grubendirektoren denkt, bewies einer der Herren, indem er auf die große Verantwortlichkeit aufmerksam machte, die ein solcher Mann trägt, wenn Hunderte oder Tausende von Arbeitern beschäftigt werden. Der Herr sagte wörtlich: „Wenn das Jahr herum ist, fragten die Aktionäre: Wo ist das, was wir kriegen?“ Demnach beurteilt man die Tätigkeit eines Grubendirektors nur nach der Höhe der Dividende, andere Pflichten scheinen sie nicht zu kennen. Die Deputation, die ihre Wünsche schon vorgetragen durfte, hat die Ueberzeugung gewonnen, daß von der Regierung nichts zu erwarten ist, und daß die

Bergarbeiter zur energischen Selbsthilfe greifen müssen, wenn sich derartige nichtwichtige Mängelungen nicht noch länger bestehen sollen. Auch die Mitteilung des Herrn Ministers, daß man eventuell versuchen sollte, vermittelt zu eingreifen, um die Wiederanlegung der Entlassungen herbeizuführen, wird vergeblich sein, weil die Grubendirektoren sich ihrer Stärke bemußt sind und die Schwäche der Regierung kennen. Wir werden uns die Gelegenheit nicht entgehen lassen, an anderer Stelle das Gebaren dieser allmächtigen Werksdirektoren bei dem Namen zu nennen, wie es notwendig ist, und auch der Regierung Gelegenheit geben, Klipp und Klar Farbe zu bekennen, ob sie mit dem Grubenkapital durch die und dünn geht oder ob für sie die Pflicht besteht, gemeinsam mit den Arbeitervertretern im Bergbau dafür zu sorgen, daß die gesetzlichen Bestimmungen von den Werksverwaltungen beachtet werden.

#### Oberbergamtbezirk Breslau.

#### Die oberchristliche Geisliche unseren Verband bekämpfen

jetzt folgendes Schreiben eines Pfarrers an einen unserer Vertrauensleute:

„Keiner kann zweien Herren dienen, besonders wenn die beiden Herren Gegner sind. Nach meiner Ueberzeugung sind Sie ein gläubiger Katholik und doch Mitglied eines freien Verbandes, welcher, wie derselbe selbst zugibt, auf sozialdemokratischem Boden steht. Sozialdemokratie aber ist der größte Feind vor Christus und seiner Kirche und Sie sind nicht nur Mitglied eines freien Verbandes, sondern sogar Agitator, welcher nach Kräften sucht, meine Parochianen für diesen sozialdemokratischen Verband zu gewinnen: Wie soll ich das verstehen? Meine Parochianen fragen mich: wie jemand in Rosenkrantz sein kann, der andere zur Sozialdemokratie heranzuziehen sucht. Ich mußte ihnen darauf antworten, daß ich das auch nicht verstehe. Bitte also kommen Sie mal bei mir am Wochentage, wenn Sie Zeit haben und sagen Sie mir, wie Sie vor dem eigenen Gewissen die doppelte Stellung vertreten können, denn ich möchte Sie nicht verurteilen, solange ich nicht weiß, was Sie vor der Sache denken. Ich kenne Sie als ruhigen und ordentlichen Katholiken.“

#### Sahnel, Pfarrer.

Das Schreiben spricht für sich. So also wird das religiöse Empfinden von Geislichen mißbraucht, um unseren Verband zu bekämpfen. Wir haben häufig genug betont, daß unser Verband eine durchaus neutrale Organisation zur Vertretung der materiellen Interessen der Bergarbeiter ist und sich vor allen Dingen um religiöse Fragen nicht kümmert. Das dürfte auch der Pfarrer Sahnel wissen. Oder will er das nicht wissen? Hierzu wird uns aus Oberschlesien noch geschrieben:

Es ist kaum zu beschreiben, wie die Geistlichkeit hier gegen unsere Organisation wirkt. Ihr Haß richtet sich gegen alles, was nicht auf die schwarze Gesellschaft eingeschoren ist. In Fällen, wo ihre Verleumdungsversuche, die Verbandsmitglieder der Organisation wieder ablehnend zu machen, an dem starren Willen der Mitglieder scheiterte, wird Raade an den Kindern der Eltern in der Schule genommen. Ein Ortsschullehrer erhielt von der Pfarre der er angehört, eine schriftliche Einladung zugehört, um mit ihm über das verderbliche seines Tuns zu konfizieren. Das ist mit einem Wort gelangt Terrorismus allerersten Grades. Gegenüber einer solchen Handlungsweise stehen die Ausführungen des Pfarrers Maassen-Gamburg anlässlich einer evangelisch-sozialen Konferenz in Hannover vorzüglich ab. Maassen führte dort folgendes aus: Wir als Seelenforger haben die Pflicht, den Arbeiter auf die Notwendigkeit der Organisation hinzuweisen. Der beste Familienvater ist der organisierte Arbeiter, deshalb begehrt jeder eine große Einde, wenn er die Organisation der Arbeiter unterdrückt. Diese Ausführungen sind edel und von menschlichem Denken und Fühlen getragen.

#### Süddeutschland und Reichslande.

#### Eine Petition der Bergarbeiterchaft aus der süddeutschen Grube Weihenberg an die Kammer der Abgeordneten.

„Der ergebenst Unterzeichnete, der beauftragt war, gekannt hat, im Auftrage der Bergarbeiterchaft Weihenbergs, einer hiesigen Kammer der Abgeordneten folgende Petition mit der Bitte zu unterbreiten, die in derselben niedergelegten Wünsche und Anträge zu berücksichtigen.

1. Wir bitten, in dem jeglichen Verbesserungswesen eine Aenderung dahin eintreten zu lassen, daß Weihenberg nach einem Jahre Lehrzeit zum Hauer befördert werden und damit auch den Hauerechnen bekommen. Während der Lehrzeit soll  $\frac{1}{10}$  des Hauerechnens bezahlet werden. Förderer sollen mit dem Lohn von  $\frac{7}{10}$  auf  $\frac{9}{10}$  vorrücken.
2. Es wird gebeten, daß das Gezüge frei geliefert wird, wie auf Privatgruben.
3. Ferner bitten wir, die Abgabe von Hausbrandholz so zu regeln, wie bei der oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau Weihenbergs.

4. Bei den jetzt bestehenden Schichtlöhnen bitten wir folgende Aenderung eintreten zu lassen:

Für Hauer, Schmiede, Schlosser, Schreiner usw.	5.— M.
Lehrhauer	4.50 "
erwachsene Förderer	3.50 "
erwachsene Tagelöhner (Anfänger)	3.50 "
Jugliche Schichtlöhne:	
Für Hauer usw.	4.— bis 4.50 "
Lehrhauer	3.20 bis 3.60 "
erwachsene Förderer	2.80 bis 3.40 "
erwachsene Tagelöhner (Anfänger)	2.80 "

Zu 1. Das jehige Klassenlöhnsystem in Bergbauverwaltung ist deshalb als ein ungerechtes zu betrachten, weil bei gleicher Leistung im Bedingte ungleiche Löhne bezahlet werden. Es wird gewis von niemandem anerkannt werden, daß es ein gerechtes Lohnsystem ist, wenn von einer Kameradschaft, die in einem Bau gemeinschaftlich im Gebirge arbeitet, der eine 5 Mark für zehn Wagen Kohlen bekommt, der andere für das gleiche Quantum 4,50 Mark und der dritte gar bloß 4 Mark. Bei Akkordarbeit sollen doch bei gleicher Leistung gleiche Löhne gezahlet werden, was aber bei dem Lohnsystem in Weihenberg nicht der Fall ist. Dadurch wird dieses Lohnsystem zu einem Treibsystem, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Lehrhauer, die zum größten Teil auch schon verheiratete Leute sind, wollen doch einen anständigen Lohn verdienen und so wird die äußerste Kraft angespannt. Erreicht nun ein Lehrhauer erster Klasse schon einen Lohn von 5 Mark (der ihm nach seiner Leistung auch gebührt, da sie der Leistung des Hauers größtenteils mindestens gleichsteht), so heißt es einfach, das Gezüge ist zu hoch und deshalb auch gekürzt. Die Folge davon ist, daß er recht darauf losgewirtschaftet wird, um auf einen Lohn zu kommen, der zum Leben reicht. Um aber diesen Lohn bei dem durch das Treibsystem herabgesetzten Bedingte noch zu erreichen, ist es oft nicht mehr möglich, die notwendigen Schutzmregeln zu treffen und die weiteren Folgen sind Unfälle über Unfälle. Trifft nun einen Lehrhauer ein Unfall, so daß er arbeitsbeschränkt ist, so hat er auch da wieder den doppelten Nachteil, da seine Rente, bei gleicher Leistung mit der Hauereistung, nach dem viel niedriger stehenden Lehrhauerlohn berechnet wird. fällt nun ein solcher Unfallrentner, der vielleicht 20 Prozent Rente bezieht, von der  $\frac{7}{10}$  oder  $\frac{9}{10}$  Klasse einmal in die  $\frac{1}{10}$  Klasse (Hauerkasse) vor, so kann man gewis sicher sein, daß die Berufsgenossenschaft sofort mit Renteversicherung bei der Hand ist, denn sie beruft sich auf den jetzt höheren Verdienst des Rentners, obwohl der Verdienst nicht aus höherer Leistungsfähigkeit resultiert, sondern gewöhnlich wieder dadurch, daß seine Kameraden (Lehrhauer erster und zweiter Klasse), die im Besitze ihrer geschwunden Glieder sind und trotz ihrer vollen Leistungsfähigkeit um  $\frac{1}{10}$  bis  $\frac{2}{10}$  weniger Lohn erhalten, ihn auf diesen Verdienst helfen. Versteht man sich dann gewöhnlich auch leicht, die eine Verbesserung kostbarer und mit dem Gewerkschaft, Gewöhnung an den Zustand, wird dann die Rente entzogen. So hat das Lohnsystem immer für den, den auch nach Unglück trifft, keine Nachteile. Auch die Förderer sind im Verhältnis ihrer anstrengenden Tätigkeit sicher mit  $\frac{7}{10}$  zu niedrig entlohnt und wäre deshalb das Verlangen, in die Klasse der  $\frac{9}{10}$  vorzurücken, gewis als gerecht und billig zu bezeichnen.

Zu 2. Es wird wenig oder gar keine Privatgruben in Bayern geben, wo sich die Arbeiter ihr Gezüge noch selbst beschaffen müssen, wie auf der staatlichen Grube Weihenberg. Es ist das eine Härte für solche, die in Weihenberg als Hauer anfangen wollen, denn dieselben benötigen mindestens um 35 bis 45 Mark Gezüge. Was das für einen Anfänger heißt, der beinahe sechs Wochen arbeiten muß, bis er einmal etwas Abschlag bekommt, braucht nicht erst betont zu werden. Wenn Privatgruben ihren Arbeitern das Gezüge frei liefern, so sollten doch staatliche Werke auch nicht zurückbleiben.

Zu 3. Der Bergmann Weihenbergs muß oft im Winter noch frieren, trotzdem er den schwarzen Diamant aus der Grube holt. Es trifft dies am meisten die Pensionierten, die natürlich nicht in der Lage sind, sich von ihren niedrigen Pensionen auch noch das nötige Brennmaterial anzuschaffen, denn Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse steigen im Preise, nur die Pensionen nicht. Auch die in den niederen Lohn-

Klassen befindlichen Arbeiter leiden schwer, denn auch ihnen fällt es nicht leicht, im Winter das nötige Brennmaterial zu beschaffen. Es wäre deshalb sehr nachahmenswert, wenn in Weihenberg die Abgabe von Hausbrandholz für die Arbeiter so geregelt würde, wie bei der oberbayerischen Aktiengesellschaft, nämlich, daß jeder Arbeiter, der einen eigenen Hauskalt führt, ein entsprechendes Quantum Abfallholz im Jahre frei erhält. Auch die Pensionierten sollten dabei nicht auf die Seite gesetzt werden, denn sie sind es am meisten bedürftig und haben es gewis auch verdient, weil sie durch ihre langjährigen Dienstzeiten dem Staate genug geleistet haben.

Zu 4. In Anbetracht der in letzter Zeit immer mehr steigenden Lebensmittelpreise und der durch die Reichs- sowie bayerische Finanzreform in nächster Zeit zu erwartenden Befragung der hiesigen Arbeiterchaft, glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Erhöhung der Schichtlöhne, wie sie unter Ziffer 4 dieser Petition angeführt sind, gewis nicht als unbillig bezeichnet werden können, und hoffen deshalb auch, daß unsere Wünsche in der Weise genügend berücksichtigt werden.

Weihenberg, den 4. Februar 1910.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Frenz Reinhardt.

#### Die bayerischen Reichsräte und die Bergarbeiter.

Welche Behandlung Bergarbeiterforderungen in der bayerischen Reichsratskammer erfahren, zeigt uns eine parlamentarische Zentrums Korrespondenz, die in direkten Worten folgendes erklärt:

„Mit der Aenderung des Vergelohnungsgesetzes ist die bayerische Regierung im Ausschusse der Reichsratskammer wieder gefolpert. Nach Titel VII § 28 der Verfassung kann ein Gegenstand, über den die beiden Kammern sich nicht einigen konnten, in derselben Session nicht wieder zur Beratung gebracht werden. Die Reichsratskammer hat 1907 die von der Abgeordnetenkammer angenommene Vorlage über die Ueberprüfung des Vergelohnungsgesetzes wegen der darin enthaltenen staatlichen Aufschubnutzung abgelehnt. Wenige Wochen darauf hat die Staatsregierung dem zweiten Teil jener abgelehnten Vorlage als Zusatz zu einer inangewöhnlichen vorgelegten Vergelohnungsvorlage in Vorlage gebracht, indem sie im Laufe der Beratungen die abgelehnten Bestimmungen beantragte. Die Abgeordnetenkammer hat die Bestimmungen angenommen. Der Ausschuss der Reichsratskammer hat nun auf Verlangen des Reichsrates Grafen Crailsheim (ehemaliger Ministerpräsident) in Rücksicht auf obige Bestimmung der Verfassung diese Zusatzanträge abgelehnt, worauf Minister Freiherr von Bodelschwings ersuchte, die Gesamtbestimmung über den Gesetzentwurf zu verlagen, damit er sich über das Weitere mit den einschlägigen Ministerien schlüssig machen könne. Prinz Ludwig stimmte allein für die Zusatzanträge. Die Auslegung der obigen Verfassungbestimmung durch den Reichsratsausschuß ist eine zu enge. Die Voraussetzung für ihre Anwendung ist die Nichtabstimmung der beiden Kammern. Das, was jetzt Zusatzantrag ist, hat die Reichsratskammer ausdrücklich anerkannt. Die Ablehnung des Gesetzentwurfes erfolgte lediglich wegen der Aufschubnutzung, die man jetzt weggelassen hat. Die sachliche Uebereinstimmung ist also gegeben.“

Graf Crailsheim aber nimmt trotzdem einen rein formalistischen Standpunkt ein und mit ihm der Reichsratsausschuß. Das will also so viel heißen, daß die Petition der Bergarbeiterinteressen in Bayern vom November 1909, Ludwigstraße 10, ihre arbeitserhöhende Wirkung nicht verfehlt hat. Jedemfalls ist auch ferner anzunehmen, daß der hohe Reichsrat in seiner Mehrheit den Beschlüssen des Ausschusses beitreten wird und das Ministerium mit seinem Gesetzentwurf, sowie die Bergarbeiter mit ihren Wünschen und berechtigten Forderungen in Bezug auf Leben und Sicherheit einfach ignoriert werden. Diesem verfehlerten Nebenparlament, das der Regierung in der Forderung auf die Aufschubnutzungen zum Nutzen des Staates schon die Türe vor der Nase zuschlug, ist auch noch weiters zuzutragen. Wir sind gespannt, was die Vertreter des Zentrums, hauptsächlich der Referent Königbauer für eine Stellung einnehmen werden. Hier wäre der schärfste Protest am Platze und wir erwarten auch, daß dieser in einer deutlichen Weise zum Ausdruck kommen wird. Daß im Reichsrate Herren sitzen, die an den Dividenden und Profitten des bayerischen Bergbaues sehr lebhaft interessiert sind, das ist kein Geheimnis; aber mit Rücksicht auf die unerträgliche Lage der Bergarbeiter sich hinter Verfassungsbestimmungen zu verbergen, bringt auch diesen allgütigen Diplomaten keinen Segen. Die Bergarbeiter sind empört über eine solche bürokratische Behandlung von Fragen, an denen das Leben von Hunderten und Tausenden von Bergarbeitern hängt, und fragen sich, ob es so weitergehen sollte. Nun, wir werden das Endergebnis dieser reichsrätlichen Rücksichtslosigkeit vollends abwarten und hernach aus dem Ergebnis unsere Konsequenzen ziehen. Die Bergarbeiter erscheinen aber aus den obigen Zeilen, wie wenig Rücksicht auf ihre Wünsche genommen wird.

#### „Siege“ der „Christlichen“ auf Grube Frankenhof.

Vor mehreren Wochen wurde auf der Grube Frankenhof der Arbeiterausschuß, bestehend aus zehn Mitgliedern, neu gewählt, und erhielt der Verband sieben, die „Christlichen“ zwei, die Grubenpartei ein Mandat. Diesen Wahlausfall teilte die „Bergarbeiter-Zeitung“ am 29. Januar mit und knüpfte daran die Bemerkung, daß die einstige Hochburg der „Christlichen“ doch schmachlich zusammengebrochen sei und andere Hochburgen zusammendringen würden, sobald dem freien Verbände die Säle geöffnet und die Vergleute die Wahrheit hören würden. Ein Jahr ist es her, daß auf Frankenhof dem Verbände die Möglichkeit wurde, dort Versammlungen abzuhalten und damals riesen Hülsen und Gurke in der Diskussion: Die Frankenhofler Vergleute wissen, was der Gewerkeverein für sie getan hat, sie wissen, daß im Gewerkeverein „Christlich-nationalen“ Vergleute ihr Platz ist; sie wollen nichts wissen von sozialdemokratischen Utopien usw. In der „Saarpost“, dem „Bergknappen“ usw. hielten sie über den Kameraden Leimpters, der seine Mühe sparen sollte, weil die Frankenhofler Vergleute nichts von seinen „Revolutionstheorien“ usw. wissen wollten, suchten die Beamten Schaß zu machen, indem sie schrieben, der Verband wolle auf Frankenhof ein „Feuerchen“ anzünden, aber alles umsonst. Die Vergleute kannten den Hr. Gladbacher Spiegelberg, schloffen sich dem Verbände an und daselbe wurden sofort Zehntausende Saarbergleute um, wenn sie die Möglichkeit hätten. Nur durch die systematische Saalsperre und die Werbeprotektion hält sich dort der „Christliche“ Gewerkeverein. Aber „frat“ ist der Hr. Gladbacher Weltanschauungsbrei nun einmal und so mußte er „siegen“, auch auf Frankenhof. Wie das „gemacht“ wird, darüber belehrt uns die Nr. 7 des „Bergknappen“. Dort lesen wir:

„Wie der Bergarbeiterverband siegt.“ Schon des öfteren hatten wir Gelegenheit die herrlichen „Siege“ des Verbandes etwas kritisch unter die Lupe zu nehmen. Hierzu sind wir auch heute genötigt, da die Nr. 5 der „Bergarbeiter-Zeitung“ wieder einen Siegesbericht bringt unter der Ueberschrift: „Die Arbeiterausschußwahl der Grube Frankenhof.“ Was ist ja von den Berichten über „Siege“ des Verbandes schon manches gemöhnt; das hier geleistete stellt aber all das bisherige weit in den Schatten. Nach dem Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung“ hat der Verband von zehn Arbeiterausschusmitgliedern sieben erhalten. Nun teilt man aber der Öffentlichkeit nicht mit, daß diese Arbeiter schon in der vorigen Periode dem Gruben-ausschuß angehört hatten. Gerade diese Ausschusmitglieder bildeten einen großen Teil der Mitglieder des Verbandes. Der Öffentlichkeit verschwiegen man ebenfalls, daß der Sieg nicht ein solcher, sondern eine Ueberlage war, da der Verband einen Sieg verloren hat. Der Gewerkeverein hatte bei dieser Wahl einen Sieg zu verzeichnen, da er zwei Mandate an sich gerissen hat, während er früher auf Frankenhof kein einziges Mandat in Händen hatte. Wenn man nun von seinen früheren Siegen einen einbüßt und dennoch von einem „Siege“ jagt, so hat auch dieser „Sieg“, wie seine Vorgänger, einen sehr eigenartigen Beigeschmack. Zweifellos wäre der Sieg des Gewerkevereins bedeutend besser ausgefallen, wenn man nicht auch seitens der Grube alles getan hätte, um eine Wahl unserer Kandidaten zu verhindern. Wie ganz anders verhält sich dieselbe Verwaltung dem Bergarbeiterverband gegenüber. „Auf Frankenhof sind wir gar angeschrien“, so lautet die Aussage eines Vertrauensmannes des alten Verbandes. Unter solchen Verhältnissen erhöht sich die „Bergarbeiter-Zeitung“ noch, den Gewerkeverein als eine Unternehmerrückwärtsgruppe hinzustellen, die nur imstande sei, durch Mithilfe der Grubendirektion zu siegen. Trotzdem der Gewerkeverein von seiten der letzteren und von seiten des Verbandes sich eine scharfe Befämpfung gefallen lassen mußte, hätte er zwei Mandate errungen. Wenn in der nächsten Wahlperiode der Verband wieder so herrliche „Siege“ erringt, dann ist nach Verlaufe von einigen Perioden die „Siegerei“ auch hier gänzlich zu Ende. Dazu schon jetzt ein „Glück auf!“

Man ist beim „Bergknappen“ schon an starkes Aufstreben gemöhnt, aber es gehören doch starke Heroen dazu, um diese Aufstreben ganz genießen zu können. Gerwis handelt es sich um die Wiederwahl alter Ausschusmitglieder, aber diese sind bei der vorigen Wahl durch den Gewerkeverein aufgestellt und sind als Ausschusmitglieder zum Verbands-

übergeleitet. Der Verband beteiligte sich bei dieser Wahl zum ersten Male...

Briefkasten.

H. H. Rosenthal, Bittauer Braunlohlenrevier. Wir können darüber keine Auskunft geben...

Verbandsnachrichten.

Achtung! Extrabeitrag! Achtung! Der vom Vorstand ausgeschriebene Extrabeitrag von 50 Pf. pro Monat...

Jedes Mitglied erhält mit der dieswöchentliche Nummer der Bergarbeiter-Zeitung ein Flugblatt...

An die Ortsverwaltungen. Verschiedene Ortsverwaltungen scheinen sich über die neuen Bestimmungen des Statuts...

Achtung Vertrauensleute! Es ist wiederholt vorgekommen, daß einzelne Vertrauensleute die Ueberweisungskarten...

Achtung! Vertrauensleute und Ortsverwaltungen. Wir bitten dringend zu beachten...

auf der Karte eingetragen ist, stets auf der Karte oder durch Einlegen eines Zettels ein Vermerk gemacht werden muß...

Wenn in einzelnen Zahlstellen noch diverse Exemplare des neuen Statuts fehlen...

Zeh- u. Vornauer Revier. In der Bezirkskonferenz in Bispendorf am 21. Januar ist in Bezug auf Erstellung von Rechtschutz folgende Bestimmung beschließen worden...

Krankenunterstützungs-Auszahlung. Ohne Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines darf keine Unterstüfung ausgezahlt werden...

Kranzpendenmarken. In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendenmarken à 10 Pf. geklebt: Alteneffen...

Sofalionsmarken. Vorbed. Jeden zweiten Monat wird eine Marke geklebt. Redlinghausen-Süd...

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage. Reudorf-Schwarzbad. Jeden Donnerstag nach dem 15. des Monats...

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats: Hochstraß. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Wäfer...

Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats: Auerbach. Abends 7 Uhr, im Gasthof des Herrn Helbig...

Jeden vierten Sonntag im Monat: Altendorf. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftsheim. Alteneff. Nachmittags 11 Uhr...

Bergarbeiter-Veranstaltungen. Sonntag, den 27. Februar 1910: Bickdorf u. Umg. Nachm. 3 Uhr...

Belegchäfts-Versammlungen. Sonntag, den 27. Februar 1910: Berge-Vorbed. Nachm. 4 Uhr...

Bochum. Die Gewerkschafts-Bibliothek ist jeden Sonntag, vormittags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr...

Achtung! Arbeitervertreter Achtung im Luga-Delsnitzer Revier. Sonntag, den 27. Februar 1910, nachmittags 3 1/2 Uhr...

Makulatur ist in unserer Druckerei zu haben